



Bundeswehrprovokation in Bremen

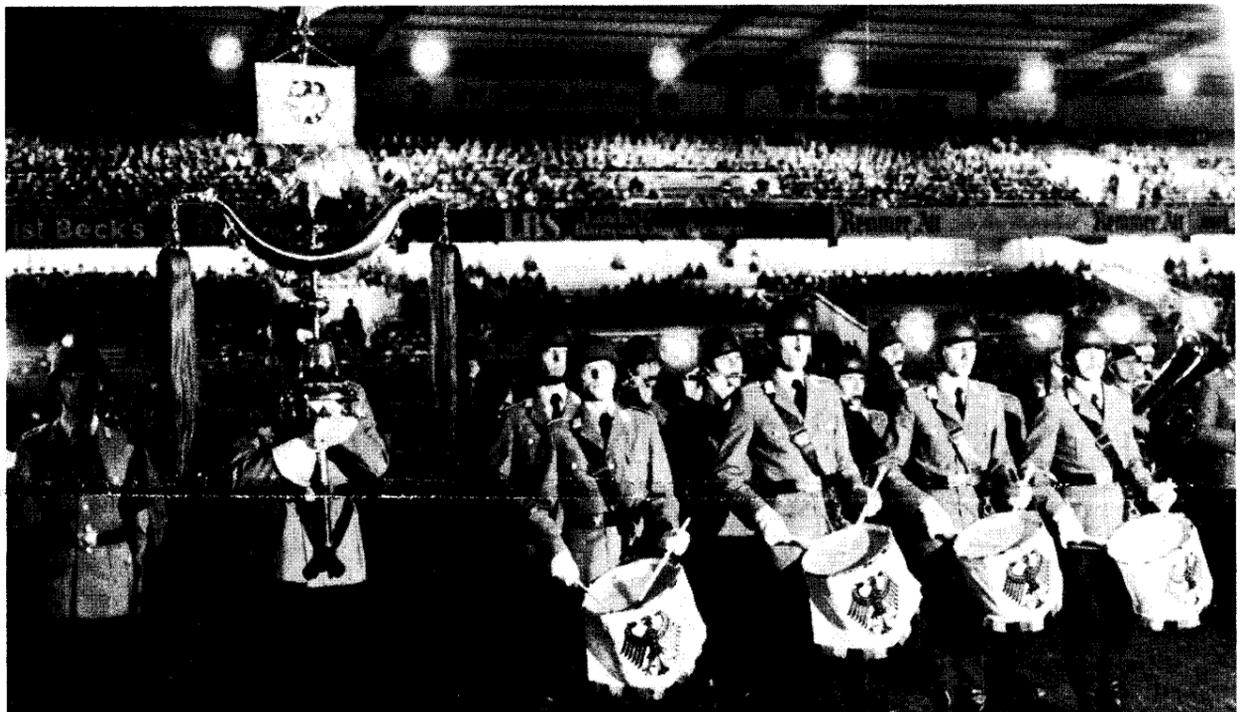
Nieder mit der NATO!

Helmut Schmidt in der Bundestagsdebatte über Bremen zu dem Vorwurf des CDU/CSU-Wehrexpernten Wörner, ihm fehle es an Mut und Verteidigungsminister Apel habe seine Fürsorgepflicht für die Soldaten verletzt: „Sie reden unlauter und illoyal, Herr Leutnant der Reserve“. Antwort Wörners: „Jawoll, Herr Feldwebel!“

Mit Ex-Nazi Carstens, SPD- und NATO-Prominenz sollte am 6. Mai in Bremen die Wiederaufrüstung des westdeutschen Imperialismus und 25 Jahre NATO-Bündnis gefeiert werden. Die Schmidt/Genscher-Regierung wollte bundesdeutsche Wehrhaftigkeit und Verbundenheit mit dem NATO-Boss USA demonstrieren, dessen Kalte-Kriegs-Hetze die Ursache für die in der europäischen Arbeiterklasse erwachte Angst vor einem neuen Raubkrieg ist. Die NATO ist die Speerspitze gegen die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten und die Sowjetunion und deshalb zu Recht gefürchtet und gehaßt von den Völkern Osteuropas. Dieser **obszöne wilhelminische Feldgottesdienst war eine Provokation!** Und natürlich wußte man *das* schon vorher.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse war die Empörung gegen diesen zur Schau gestellten Militarismus hundertfach gerechtfertigt. Nieder mit allen Anklagen und Verfolgungen gegen die Demonstranten! Keine Einschränkung des Demonstrationsrechts!

Die TLD verteidigt die militanten Aktionen der Bremer Gegendemonstranten. Nicht, weil sie eine Perspektive im Kampf gegen den Militarismus aufzeigen, sondern *trotz* ihrer Perspektivlosigkeit. Die Bremer Revolte war mutig, zeugte aber gleichzeitig von politischer Ohnmacht. Man kann nicht erfolgreich mit einer Handvoll Linker gegen den bis an die Zähne bewaffneten Staat anrennen. Noch absurder ist die Vorstellung, mit solchen Kräften eine künftige Vollmobilisierung der imperialistischen Kriegsmaschinerie aufhalten zu wollen. Wir müssen eindringlich warnen vor den



1935: Vereidigung auf imperialistischen Raubkrieg in der „Weser-Kampfbahn“.
1980: „Großer Zapfenstreich“ bei NATO-Gelöbnis in Bremen.

gefährlichen Illusionen in *ihre* Demokratie, die stillschweigend die Taktik der Gegendemonstranten geleitet hat: man soll nicht glauben, daß in der SPD/FDP-regierten Bundesrepublik nicht morgen schon geschossen wird. Dann wird aus der Revolte von Bremen blutiger Ernst! Der Bremer

Polizeichef wollte es schon am nächsten Tag wissen: „Hätten wir denn schießen sollen?“ (*Main Echo*, 8. Mai).

Weitere Bundeswehrprovokationen werden folgen. Die nächsten sind schon angekündigt. Die Bundeswehr soll, so
Fortgesetzt auf Seite 2

Nicht Strauß, nicht Schmidt!

Für eine Arbeiterregierung!

Am 19. Mai nahmen über 12 000 an einer „Stoppt Strauß“-Demonstration in Westberlin teil. Aber diese Demonstration war nicht nur eine Kundgebung gegen den bayrischen Reaktionär, sondern vor allem eine Mobilisierung für die SPD und ihre Koalitionspolitik – halt auf außerparlamentarischem Wege. Wie ernst es die SPD mit ihrem Block mit der FDP meint, wurde nach dem haushohen Sieg der SPD in Nordrhein-Westfalen, wo die FDP an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte, besonders deutlich. Der *Spiegel* wußte zu berichten, daß Helmut Schmidt in der Wahlnacht den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von NRW fragte, „ob man nicht wenigstens die vier FDP-Staatssekretäre behalten kann“. Die SPD-Bürokratie *will* das Bündnis mit einer rein bürgerlichen Partei, um nicht unter verstärkten Druck von links zu kommen.

Während die Trotzlistische Liga Deutschlands sich mit ihrem Transparent und ihren Plakaten und ihren Losungen deutlich von der Pro-SPD-Stoßrichtung der Demonstration absetzte und den Mythos von Schmidt als dem Friedenskanzler attackierte, war die Westberliner GIM über die

Frage der Wahlunterstützung entzweit. Die eine Hälfte ihrer Ortsgruppe beteiligte sich, ohne Plakat oder Erkennungszeichen mit sich zu führen. Der andere Teil ging im Block des Anti-Strauß-Komitees auf und verteilte ein Flugblatt mit dem Titel „Lieber ein Strauss roter Nelken als ein Strauss als Kanzler!“, in dem es heißt: „Die Sozialdemokratie ist aufgrund ihrer sozialen Wählerbasis und ihrer Verbindung mit den Gewerkschaften nicht in der Lage, einen Frontalangriff gegen die Arbeiter zu führen“.

Der folgende Text wurde von unseren Westberliner Genossen als Flugblatt auf der Demonstration verteilt.

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

„Gewerkschafter gegen Rechts“ rufen die Arbeiter Westberlins auf die Straße, um Strauß zu stoppen. Sie sollen sich nach dem Willen dieser sozialdemokratischen Gewerkschafter dazu hergeben, gegen eine bürgerliche Regierung Strauß, für eine bürgerliche Regierung Schmidt/Genscher zu kämpfen. Doch die Arbeiter Westberlins und West-

deutschlands haben in den letzten vier Jahren zur Genüge festgestellt, was sie von der SPD/FDP-Koalitionsregierung zu erwarten haben: Lohnleitlinien, Streikverbote, Polizeieinsätze bei Streiks, Berufsverbote, die Toten von Stuttgart-Stammheim, neue gegen die Sowjetunion gerichtete Mittelstreckenraketen.

Die Arbeiterklasse braucht eine Regierung, die ihre Interessen vertritt und nicht die des westdeutschen Imperialismus: eine *Arbeiterregierung*.

Voll pazifistischer Kleinmütigkeit warnen „Gewerkschafter gegen Rechts“, daß Strauß die Kriegsgefahr verstärken wird. Aber es ist die SPD/FDP-Regierung, die die antisowjetische Militärhilfe an die Türkei gibt. Es war Schmidt, der die provokative öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen guthieß. Der Reaktionär Strauß ist sicherlich in seiner Irrationalität der Carter verwandteste Kalte Krieger. Schmidt ist augenblicklich der effektivste Vertreter westdeutscher Kapitalinteressen. „Gewerkschafter gegen Rechts“ sagen: Wir wollen den Frieden. Wir sagen:

Fortgesetzt auf Seite 2

Wofür der Spartakist kämpft

Ab Juni 1980 erscheint die Zeitung der Trotzlistischen Liga Deutschlands in neuem, vergrößerten Format und unter neuem Namen. Der *Spartakist* tritt die Nachfolge der *Kommunistischen Korrespondenz* an, von der seit Februar 1974 dreißig Nummern erschienen sind. Ursprünglich als Sprachrohr des kleinen „Berliner Komitees“, ab Nummer 5 als Organ der TLD, hat die *Kommunistische Korrespondenz* den hartnäckigen und mühsamen Kampf der internationalen Spartacist Tendenz (iST) widerspiegelt, den authentischen Trotzismus in Deutschland wieder zu verankern.

Die harte programmatische Intervention innerhalb der westdeutschen Linken – wobei die publizistische Propaganda immer eine zentrale Rolle spielte – hat der TLD langsames, aber kontinuierliches Wachstum und weitere Festigung gebracht. Dagegen ist die kleinbürgerliche Linke in Westdeutschland heute demoralisiert wie nie zuvor. Die diversen „Kaderparteien“, deren klägliche Überreste inzwischen wie ihre eigenen Karikaturen wirken, waren stalinistische Apparatororganisationen. Ihr Weg in die Arbeiterklasse war in all seinen schillernden Varianten moralisierender Arbeiterfetischismus. Ihre Programmatik brach nie mit der Klassenkollaboration. Ihr „proletarischer Internationalismus“ bestand lange Zeit zumeist (abgesehen von der erstarrten Moskauhörigkeit der DKP) im gläubigen Hochjubeln der chinesischen Staatsbürokratie, was zum Teil bis zur Unterstützung der imperialistischen NATO reichte.

Doch das Bild des Jammers, das die einst so großsprecherischen „Parteien“ und „Parteiensätze“ maoistischer Provenienz bieten, wird noch von den vorgeblich trotzkistischen Organisationen überboten. In der GIM macht sich

unter Anleitung von Ernest Mandel und Jacob Moneta die führende Clique mehr und mehr zum Vehikel, die verwerfende Neue Linke zurück unter die Käseglocke der SPD zu transportieren – begleitet von der ohnmächtigen Wut einer konfusen Mehrheit der Mitgliedschaft, deren „Programm“ sich in den Worten „SPD – Neel!“ erschöpft. Der „Spartacusbund“ verdient eigentlich nur Erwähnung, weil er einen so ruhmreichen Namen in Beschlag genommen hat. Von seiner Existenz erfahren allenfalls die Abonnenten seiner Zeitung, die jüngst zur Kenntnis nehmen konnten, daß die Mehrheit dieses Schrumpfbildes sich in der Afghanistanfrage noch rechts von der GIM angesiedelt hat.

Die Herausgabe des *Spartakist* ist ein bedeutender Schritt im Aufbau der TLD als kämpfender Propagandagruppe und drückt die wachsende Fähigkeit der deutschen Sektion der iST aus, in der Linken und der Arbeiterbewegung effektiv zu intervenieren und subjektiv revolutionäre Elemente durch programmatische Umgruppierungstaktik in der trotzkistischen Avantgardeorganisation zu vereinen. Der Name *Spartakist* ist für uns Verpflichtung, an die besten Traditionen der deutschen und internationalen revolutionären Linken anzuknüpfen und die bolschewistische Partei aufzubauen, die allein fähig sein wird, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen!

Voll von revolutionärem Optimismus geben wir in der Tradition des Spartakusbundes Liebknechts und Luxemburgs unserem *Spartakist* das Motto:

„Denn Spartakus – das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. . . Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.“ ■



SPARTACUS: unser Vorbild;
 KLASSENKAMPF – SPARTAKIST
 erste deutsche Publikation der Spartacist Tendenz;
 KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ:
 Vorläufer des SPARTAKIST

Nicht Strauß...

Fortsetzung von Seite 1

Der einzige Weg dazu ist Klassenkampf und proletarische Revolution. Nieder mit der NATO!

Unter dem Vorwand des Kampfes der Roten Armee in Afghanistan gegen feudale Stammesführer, die die althergebrachte „Freiheit“ auf Sklavenhandel mit Frauen, Leibeigenschaft, Unterjochung und Analphabetismus verteidigen, rüstet der US-Imperialismus verschärft gegen die Sowjetunion. Die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Carter und Schmidt ändern nichts an dem gleichen strategischen Ziel: Konterrevolution. Unsere Losung ist: Sieg der Roten Armee! Verteidigt die Sowjetunion gegen imperialistische Kriegsgelüste!

„Gewerkschafter gegen Rechts“ fürchten, Strauß werde die Einheitsgewerkschaft spalten. Wir sagen: Gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, deren Niederlagenpolitik während der letzten Tarifrunde wieder sichtbar wurde, muß für den Sturz der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gekämpft werden, für gewerkschaftliche Demokratie, für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung.

Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr sind Bestandteil des kapitalistischen Systems. Sozialdemokratische Arbeiter



Westberliner Demonstration am 19. Mai

und Gewerkschafter: Es ist dieses System, an das Euch „Gewerkschafter gegen Rechts“ über eine SPD-Wahlunterstützung, die eine bürgerliche SPD/FDP-Regierung zum Ziel haben wird, binden will. Nieder mit Strauß! Nieder mit der Koalition der SPD mit der bürgerlichen FDP! Werft die bürgerlichen Minister und Ex-Minister wie Schmidt und Brandt raus aus der SPD! Für den Aufbau der revolutionären trotzkistischen Partei! Für die Neuschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei des Proletariats! ■

NATO...

Fortsetzung von Seite 1

der sozialdemokratische „Verteidigungs“minister Apel, „Flagge zeigen“. Dahinter steckt das Bestreben der Bourgeoisie, die Armee als festen, nicht wegzudenkenden Bestandteil im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Auch heute ist die „Moral“ der Truppe zentral für deren Kampfkraft. „Preußens Gloria“ als ideologische Kriegsvorbereitung. Gewiß, der BRD-Imperialismus ist nicht darauf erpicht, sich wegen Afghanistan in einen dritten Weltkrieg ziehen zu lassen, doch seine „Sicherheit für die achtziger Jahre“ (SPD-Wahlkampfslogan) hat schon begonnen. Zur Absicherung der südlichen NATO-Flanke baut er gegenwärtig die türkischen Pinochets militärisch auf. An der Heimatfront sollen die Reservisten schneller und in größerem Ausmaß mobilisierbar werden. Ein Flottenverband der Bundesmarine (nach einem Mini-Tabas vor der französischen Atlantikküste, wo in einer Nachtübung der Zerstörer „Bayern“ und ein deutsches Versorgungsschiff kollidierten) kreuzt in Richtung Indischer Ozean. „Entspannungs“-Politiker Schmidt macht's möglich. Gemeinsam mit der übrigen „Freien Welt“ solidarisierte sich die Bundesrepublik mit den afghanischen Mullahs und Khanen, die für Analphabetismus, feudale Reaktion und die Versklavung der Frauen eintreten. Das ohnehin erhöhte Rüstungsbudget wird noch einmal aufgestockt, und die SPD/FDP-Regierung reiht sich in den antisowjetischen Olympiaboykott ein.

Wenn Günther Grass wieder die Blechtrommel für die SPD rühren darf, dann fehlt es auch nicht an Briefen, die Helmut Schmidt auffordern, den dritten Weltkrieg zu verhindern. Schmidt, der sich stark gemacht hat für neue Mittelstreckenraketen. Alles für den Frieden? Nein, mit der Stimme für die Kriegskredite am 4. August 1914 ist die Führung der Sozialdemokratie endgültig ins bürgerliche Lager übergegangen und hat die deutschen Arbeiter im Kampf mit ihren ausländischen Klassenbrüdern verbluten lassen. Es war Wilhelm Kaisen, SPD, der 1960 die erste öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen vorgenommen hat. Es war auch die SPD, die dem westdeutschen Imperialismus, der nach der Rückeroberung der deformierten Arbeiterstaaten trachtet, wieder zur stärksten und modernsten Armee Westeuropas verholfen hat.

Die Realität sozialdemokratischer Regierungspolitik kontrastiert scharf mit dem heuchlerischen Entspannungsgetue der vom Wahlkampffieber erfaßten Jusos und SPD-„Linken“. Neu ist nur: diese sozialdemokratische Bauernfängerei ist bei den kleinbürgerlichen Linken wieder hoffähig geworden. Diese Linke sucht ihr Heil im Aufbau pazifistischer „Friedensbewegungen“ (alles schon mal dagewesen: Ostermarschbewegung). Doch die Möglichkeit militärischer Auseinandersetzungen bedeutet eben, daß die Imperialisten ihre Politik nicht mit anderen, friedlicheren Mitteln der Plünderung fortsetzen können. Die reaktionär-utopische Losung „Abrüstung in Ost und West“ leugnet den Klassenwiderspruch zwischen Imperialismus und Ar-

beiterstaaten und zementiert, wie das gegenwärtige liberale Aufbegehren gegen *Frauen* in der Bundeswehr, die bestehende bürgerliche Kriegsmaschinerie. Wir Kommunisten sagen: Nieder mit der NATO! Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr!

Der Pazifismus ist dem antimilitaristischen Kampf entgegengesetzt: er entwirft nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat, indem er es in die Illusion einlullt, es gäbe einen anderen Weg, den Krieg zu verhindern, als der Bourgeoisie die Macht zu entreißen und sie selbst in die Hände zu nehmen. Der antimilitaristische Kampf ist keine besondere Etappe oder Bewegung, in der man mitschwimmen kann, sondern „die zugespitzteste Form des Klassenkampfes gegen den Krieg und gegen die innenpolitische Gewaltpolitik des Kapitalismus“ (Liebknecht, *Jugendinternationale*, 1915). Und nur diejenige Partei wird fähig sein ihn zu führen, die schon in „Friedenszeiten“ den Stand-

TLD-Kontaktadressen

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

WESTBERLIN: Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11

punkt des unversöhnlichen Klassenkampfes einnimmt. An den Hebeln der Produktion, in der Rüstungsindustrie ist die Arbeiterklasse. Nur sie hat die Macht und das Klasseninteresse, den imperialistischen Gewaltapparat zu zerbrechen. Es sind nicht die Russen, die mit Tränengas und Schlagstock ihre Streiks brechen, sondern die „bewaffneten Formationen von Menschen“ des Kapitals. Es ist die Bourgeoisie, die sie ausbeutet und morgen oder übermorgen für ihren Profit bluten lassen wird. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
 TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
 Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
 W. Hohmann, 6000 Frankfurt 1

Anschrift: Postfach 1 67 47
 6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen
 Punkten der Auffassung der Redaktion.
 Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 01 733-7430

APO: Ein Schritt vorwärts

Sozialistische Konferenz: Zwei Schritte zurück

Das Ergebnis der „Ersten Sozialistischen Arbeitskonferenz“, die vom 2. bis 4. Mai in Kassel stattfand, bestand nicht allein im Finden einer „neuen Sprache“ der Linken, einem heuchlerischen, diplomatischen Umgangston. Auch nicht die Einberufung einer zweiten Konferenz, natürlich erst nach den Bundestagswahlen (um scharfe Diskussionen zu vermeiden) war der Ausgang, auf den die etwa 1 000 nicht mehr so „Neuen“ Linken sich geeinigt hatten. Das eigentlich Bemerkenswerte an der Sozialistischen Konferenz war der unverhüllt zur Schau gestellte Bankrott der Neuen Linken, plastisch unterstrichen durch den Podiumsvorsitz des Gründungs- und ZK-Mitglieds der ehemaligen KPD, Alexander von Plato.

Die Neue Linke war einst naiv angetreten auf außerparlamentarischen Wegen, um „jetzt“ ihre Forderungen durchzusetzen und war in der Konfrontation mit staatlicher Macht, besonders über den Deutschen Herbst 1977, gescheitert. Inzwischen diskutierte hier die ehemalige APO völlig ungeniert, wie auf parlamentarischem Weg, sei es über die Grünen oder die SPD, zur Bildung einer Einheit „links“ von der SPD zu kommen sei. Doch nicht alle Anwesenden auf der Sozialistischen Konferenz werden in Demokratiegläubigkeit verfallen sein oder durch ihre Erfahrungen in den diversen stalinistischen Organisationen dermaßen ausgebrannt sein, daß sie aufgehört haben, sich als Revolutio-

näre in der bürgerlichen Gesellschaft zu begreifen. An diese Linken wandten sich die Diskussionsbeiträge der Trotzkistischen Liga Deutschlands. Unser Ziel war es, einen revolutionären Pol darzustellen und falschen „Linkseinheits“-Illusionen den Kampf für die Schaffung der Leninschen Avantgardepartei gegenüberzustellen, die aus programmatischen Spaltungen und Fusionen in der Linken und Arbeiterbewegung wachsen wird. In diesem Sinne führte das ZK-Mitglied der TLD, Genossin Silvia Lenz, in ihrer Begrüßungsrede an die Sozialistische Konferenz aus:

„Es geht der Arbeiterklasse international darum, ihren Lebensstandard zu verteidigen. Wir sehen das erste Mal in Schweden große Klassenauseinandersetzungen. Über drei Monate lang gab es den Stahlarbeiterstreik in Britannien. Es geht heute nicht darum, „Konsumismus“ vorzuwerfen wie Bahro, der für einen Stillstand im Lebensstandard der Arbeiterklasse eintritt. Es geht darum, eine politische Perspektive in diese Kämpfe hineinzutragen. Wir kämpfen nach wie vor um die Eroberung der Staatsmacht und um die Zerschlagung dieses bürgerlichen Organs der Unterdrückung und Ausbeutung. Es gibt einen anderen Punkt, der nicht hier gemacht wurde und der drängend ist. Die zunehmende Kalte-Kriegshetze von Jimmy Carter weist auf die drohende Gefahr eines neuen Weltkrieges hin. Und hier können



Silvia Lenz, Mitglied des ZK der TLD, während der Plenumsdiskussion

Spartakist

wir nicht zusammenkommen und über die Frage der sozialistischen Vereinigung, sei es als eines ‚revolutionären Blocks‘ oder einer ‚sozialistischen Alternative‘, reden, ohne die eine Frage zu stellen, nämlich daß die Imperialisten jetzt mehr denn je daran interessiert sind, die Märkte der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten wieder zu erobern. Und für uns stellt sich mehr denn je die Aufgabe der Verteidigung der Sowjetunion. Einer auf dem Podium ist der Genosse Plato von der ehemaligen KPD. Er ist ein Bankrotteur. Er hat mit dazu beigetragen, daß eine ganze Generation von guten, jungen Neuen Linken verbraucht worden ist und daß diese die Leninsche Avantgardepartei nur in der verzerrten Form des stalinistischen Apparats kennengelernt haben und den proletarischen Internationalismus nur in der Form, einer Staatsbürokratie hinterherzulaufen – und die heute enttäuscht sind, z. B. durch die Außenpolitik der VR China, und heute feststellen, daß der Gott keiner war.

Uns geht es hier darum, nach wie vor zu kämpfen für den Aufbau der Leninschen Avantgardepartei. Und wir haben zu lernen, Genossen, aus den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung, aus den revolutionären Traditionen der Komintern...“ (Mündliche Beiträge stilistisch leicht überarbeitet).

Grüne, rosa, Zirkel-Blöcke

Die Sozialistische Konferenz wurde im wesentlichen von zwei Blöcken bestimmt, dem kleinbürgerlichen Block

Fortgesetzt auf Seite 5



Die Rattenfänger von Kassel: Rudolf Bahro, Peter von Oertzen.

Spartakist

Herrn Rudolf Bahros Umwälzung der Wissenschaft

„Wir sollten in unserer Zivilisation wissen, und das ist jetzt der Kern unseres sozialistischen Konzepts: In unserer Zivilisation war Christus der erste Lehrer für unser letztes Ziel, der erste Lehrer der allgemeinen Emanzipation des Menschen“ (Rudolf Bahro, die Tageszeitung (taz) vom 26. Oktober 1979).

Bahro, dessen Buch *Die Alternative – zur Kritik des realen Sozialismus* im Oktober 1977 die europäische Linken zu antikomunistischen Angriffen auf die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas benutzten, geht seit seiner Entlassung aus zweijähriger DDR-Haft in die BRD seinen Weg: „... von links in die Mitte“ (taz, 26. Oktober 1979).

Von der Zusammenarbeit mit den Grünen über den konstituierenden Parteitag in Saarbrücken bis hin zur Sozialistischen Konferenz in Kassel profilierte sich Bahro immer deutlicher als der Exponent des derzeitigen politischen rechten main-streams der gescheiterten Neuen Linken. Der Aschermittwoch des westdeutschen Maoismus, der ein Jahrzehnt lang subjektiv revolutionäre Elemente vom Weg der proletarischen Revolution abhielt, bietet ihm die Grundlage für seinen angestrebten „kleinen“ Historischen Kompromiß, seine Volksfront-Konstruktion des „reformatorischen Blocks“, welcher gleichermaßen Grüne, Christen, Alternative und Linke umfassen und gegenüber dem „herrschenden Block“ die Gattung Mensch retten soll.

Bahro hat im Vergleich zu den Semler und Steinke den Vorteil, aufs Ganze zu gehen; er revidiert nicht hier und da, sondern konsequent: die Auflösung der Klassenanalyse und der Konstatierung der Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen zugunsten der Kategorie

„Mensch“ – oder bei Bahro „Genotyp“ – bilden sein durchdachtes ideologisches Fundament zum praktizierten Klassenverrat.

Zur Zeit verbreitet er genau diese Grundlage in einem Seminar zur Kritik des „real existierenden Sozialismus“ an der Westberliner FU. Genossen der TLD stellen in diesem Seminar Bahros utopisch-kleinbürgerlichen Theorien den wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus entgegen. Es gelang ihnen, die letzte Veranstaltung über die Bedeutung der historischen Rolle der Arbeiterklasse zu polarisieren. Bahro zog sich darauf zurück, daß „irreversible, objektive Umstände“ die von ihm konstatierte Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft bedingten. Unsere Kritik sei „rein negativistisch“, und wir sollten einen Anti-Dühring gegen ihn schreiben. Doch Bahro hat das Format eines Dühring nicht.

Die Arbeiterklasse spielt in Bahros Konzept des „ökologischen Humanismus“ keine revolutionäre Rolle mehr – sie ist ein Bündnispartner unter vielen (kleinbürgerlichen und bürgerlichen) gegen die Tücken von Natur und Technik, der vor allen Dingen begreifen muß, den Gürtel enger zu schnallen. Was bei Marx gerade als Ergebnis und Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft erscheint, nämlich die Arbeiterklasse als Produkt und Produzent von Kapital, der klassenmäßig bestimmte Proletarier, der die Emanzipation seiner Klasse nur durch den Sturz des Kapitals und dessen Staat vollziehen kann, verkommt bei Bahro zur anthropologischen Platitüde Genotyp, zum ewig Menschlichen, dessen Erscheinungsform zwar gesellschaftlich bestimmt, dessen Wesen jedoch unveränderlich dasteht. Eines Genotyps,

der eben nicht „den Staat stürzen (muß), um seine Persönlichkeit durchzusetzen“, wie es Marx in der *Deutschen Ideologie* treffen auf den Begriff gebracht hat.

Bahros Entwicklung des Sozialismus von einer Wissenschaft zur Utopie, die Preisgabe jedweder Klassenkriterien bietet nicht nur linken Flankenschutz für grüne Neomalthusianer vom Schlage eines Gruhl oder Springmann, sondern auch für Kalte Kriegshetzer à la Carter oder Schmidt.

Den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan beurteilt Bahro wie ein Dutzendliberaler, der jede Intervention eines Landes in ein anderes grundsätzlich verurteilt. In seinem Brief an die *Rote Fahne* „Von Prag nach Kabul“ (RF vom 21. Februar) bezeichnet er die sowjetische Intervention als „Verbrechen gegen Entspannung und Abrüstung“ und charakterisiert die Sowjetunion „ohne Einschränkung als Komplizen der Weltreaktion“. Er bezieht somit offen Position für feudale Reaktion, Koran, Analfabetismus und Versklavung der Frauen als Stück Vieh. Bahro mißachtet den Klassencharakter der Sowjetunion als bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat mit sozialistischer Produktionsweise. Er ergeht sich in pazifistischen Illusionen über die Reformierbarkeit eines bis an die Zähne bewaffneten imperialistischen NATO-Molochs, wenn er moralisierend doziert: „Frieden, Abrüstung, Entspannung – jetzt erst recht!“

Die antisowjetische Einseitigkeit seines Humanismus wurde auch klar, als er sich weigerte, den Mordanschlag afghanischer Reaktionäre und türkischer Maostalinisten auf unseren Genossen Fred Z. zu verurteilen, da dieser Opfer einer Attacke wegen seiner Verteidigung der Roten Armee in Afghanistan geworden war. ■

SL/LF: Leninistische Fusion in Britannien

Die Leninistische Fraktion (LF) und die Spartacist League/Britain (SL/B) hielten eine gemeinsame Nationale Konferenz ab, nachdem die LF vor drei Monaten wegen ihrer Verteidigung des trotzkistischen Programms aus der Workers Socialist League (WSL) ausgeschlossen worden war. Die Organisationen beschlossen, ihre Kräfte für den Kampf um eine trotzkistische Partei in Britannien und die Wiedergeburt der Vierten Internationale zu vereinigen. Wie tiefgehend diese Fusion war, spiegelte sich nicht nur in dem Ausmaß vorheriger politischer Übereinstimmung wider, die durch intensive programmatische Diskussion und eine Periode gemeinsamer politischer Arbeit Prüfungen unterworfen wurde. Sie wurde auch durch die Rolle deutlich, die die ehemaligen LF-Genossen in der Diskussion um die Aufgaben und Perspektiven für die fusionierte Organisation in der kommenden Periode spielten.

Nach Monaten fraktionellen Kampfes der LF (und ihres Vorläufers, der Leninistischen Tendenz) gegen den Enthusiasmus der WSL über die islamische „Revolution“ in Iran, gegen prinzipienlose Manöver mit revisionistischen Pseudo-Internationalen und schamlose Unterstützung für Streikbruch, hatte die WSL nur eine „politische“ Antwort für diese Genossen parat: bürokratischen Ausschluß. Ein Verlust für die WSL – ein Gewinn für den Trotzkismus. Obwohl wesentlich kleiner als die Trotzkistische Fraktion, die im Frühjahr 1978 dem wirkköpfigen Zentrismus der WSL ade sagte und sich dem unversöhnlichen Trotzkismus der internationalen Spartacist Tendenz (iST) anschloß, bringt die LF unserer Tendenz die reiche Erfahrung geprüfter Kader mit anerkannter Autorität und einer Vorgeschichte in der International Marxist Group (GIM-Schwesterorganisation) und in den International Socialists (heute Socialist Workers Party – SAG-Schwesterorganisation). Die Bedeutung dieser Fusion fand ihren Ausdruck in der Wahl von drei der LF-Genossen in das Zentralkomitee der SL/B.

Als Ko-Referent für die LF hob Genosse Mark Hyde die Fusion als eine weitere „Bestätigung der Perspektive des harten Kampfes zur Polarisierung der Gegner über programmatische Schlüsselfragen des Tages“ hervor. Die harte polemische Orientierung, die unsere Gegner als sektiererisch verleumden, ist in Wirklichkeit das Gegenteil. Wie ein Genosse während der Diskussion bemerkte, gewinnen in sich gekehrte Sekten im allgemeinen keine politisch voll entwickelten Führer von anderen Tendenzen – *interventionistische, revolutionäre* Propagandaorganisationen sehr wohl! Dies ist besonders zutreffend im Fall der LF, deren Kämpfer sich als härteste und ernsthafteste gegen die Politik der SL erwiesen, bevor sie in die Opposition gingen.

Möglichkeiten und Schwierigkeiten

Wie es sich für eine Versammlung der höchsten Körperschaft einer leninistischen Organisation gehört, widmete die Nationale Konferenz (und ein darauffolgendes erweitertes ZK-Plenum) ein gut Teil der Zeit und Aufmerksamkeit einer kritischen Prüfung sowohl der Möglichkeiten als auch der Schwierigkeiten, die der Organisation bevorstehen. Die Fusion war der Höhepunkt einer Periode intensiver und fruchtbarer Aktivitäten, in der die Organisation ihre Kräfte sehr stark strapazierte, um in den dreimonatigen Stahlstreik hineinwirken zu können. Die 140 neuen Abonnenten für den *Spartacist Britain*, darunter mindestens 90 Stahlarbeiter, die Bereitschaft tausender Streikaktivisten, die nie zuvor mit der Politik der SL/B konfrontiert waren, unsere Propaganda zu verfolgen, war ein spürbares Indiz für die Wirkung einer klaren kommunistischen Linie. In der Hauptkonferenzresolution hieß es:

„Die Tragweite dieser Intervention und die allgemeine politische Krise, von der unsere zentristischen Gegner betroffen sind, kann bedeutsame Durchbrüche in der kommenden Periode möglich machen“.

Eine Reihe von Genossen bemerkten, daß die Anerkennung, die wir unter politisch ernsthaften Stahlarbeitern erworben haben, wie auch die bescheidene Autorität, die wir bei Militanten bei British Leyland (BL) im Verlauf des jüngsten BL-Streiks errungen haben, nicht mit dem notwendigerweise langen und mühsamen Kampf für die Schaffung einer Autorität als *kommunistische* Aktivisten verwechselt werden darf.

Es ist die leninistische Perspektive, daß revolutionäre Parteien von oben nach unten aufgebaut werden, die einer Politik Bedeutung beimißt, Kader, wie die der LF, durch Umgruppierung zu gewinnen. Was das innere Parteileben angeht, rief ein Genosse ein Wort Lenins in Erinnerung: „Besser ein zünftiger Streit als ein mieser Frieden“. Während unsere Gegner, an der Brust der Mutter Sozialdemokratie, Differenzen systematisch an die Öffentlichkeit

Afghanistan:

Spartacusbund flippt aus

„Allein der Klassencharakter der Staaten (bzw. ob imperialistische oder unterdrückte Nation) ist für revolutionäre Marxisten ausschlaggebend“ (*Spartacus* Nr. 52, Mai 1979, zur Einschätzung von Kriegen).

„Die stalinistische Bürokratie ist kein ‚kleineres Übel‘ gegenüber der bürgerlich/kapitalistischen Konterrevolution!“ (*Spartacus* Nr. 60, Mai 1980, zur Begründung der Parole „Russen raus aus Afghanistan“).

Unter dem Druck des Imperialismus und des arabischen Nationalismus ist der Spartacusbund dabei, letzte Reste seiner formalen Berufung auf den Trotzkismus anlässlich der Afghanistan-Frage aufzugeben. Ein Großteil des Spartacusbundes (wie der österreichischen IKL) macht sich dabei Positionen zu eigen, die traditionell mit linken (und nicht so „linken“) Sozialdemokraten assoziiert werden. In einem Artikel „Afghanistan und die Folgen“ in der neuesten *Permanent Revolution* sowie in *Spartacus* (wo er als „Diskussionsbeitrag“ erschien), heißt es:

„Wir lehnen das Regime der ‚Demokratischen Volkspartei‘ ab und verurteilen die Intervention der ‚Roten Armee‘ deshalb, weil es sich um das Regime einer stalinistischen Partei und um die militärische Intervention einer stalinistischen Bürokratie handelt und dies natürlich mit einer entsprechenden Politik verbunden ist!“

Diese Renegaten sollten sich nachträglich fragen, ob sie nicht auf der falschen Seite in Vietnam standen, wo sie „FLN an die Macht“ forderten. Immerhin sind die vietnamesischen Stalinisten nicht weniger Stalinisten als Breschnew! Aber die implizite Parteinarbeit für die afghanischen Mullahs und Khane, für Pakistans Zia und Jimmy Carter gegen die Rote Armee ist nicht aus der Luft gegriffen. In Afghanistan stößt die althergebrachte Unterstützung dieser Organisation für eine bürgerliche „arabische Revolution“ (die nirgendwo existiert) mit dem formalen Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus zusammen – und es scheint, als ob der kleinbürgerliche Nationalismus den Sieg davontragen wird. Schreibt *Spartacus*:

„Die stalinistische Bürokratie hat mit diesem militärischen Akt einen neuerlichen Beweis ihrer verbrecherischen Politik gesetzt und sie hat wieder die Ideale des Kommunismus besudelt und ungeheuer diskreditiert.“

Schwachsinn! Und reaktionärer Schwachsinn dazu! Selten seit Stalingrad hat die Sowjetbürokratie so eindeutig auf der Seite des sozialen Fortschritts gestanden wie gerade in Afghanistan. Es könnte kaum eine einfachere Frage für Marxisten geben. Auf der einen Seite stehen die Stammesfürsten, die Feudalisten, die Mullahs, die Verteidiger des Brautpreises, die Mörder von sowjetischen Lehrern, die Verteidiger des Schleiers. Auf der anderen Seite stützt die Armee eines degenerierten Arbeiterstaates ein links-nationalistisches Regime, das Afghanistan aus dem Mittelalter herauszerren will. Wir sagen: Sieg der Roten Armee! Für

tragen, aber die interne Diskussion bürokratisch unterdrücken, gilt für uns: geschlossene Front nach außen, lebendige demokratische Diskussion *innerhalb* der Partei. Ein führender Genosse der erfahreneren amerikanischen Sektion bemerkte:

„Ich weiß, daß dies eine zutiefst ungefestigte Organisation ist. Und da, Genossen, läßt sich nichts machen außer ein kampferfülltes Hin und Her fünf oder zehn Jahre lang... Ihr werdet entweder übers Ziel hinauschießen oder zu tief zielen. Es wird viele Kämpfe geben müssen“.

Die Beiträge der Delegationen anderer Sektionen und des Internationalen Exekutivkomitees der iST stellen die unschätzbare Erfahrung von Genossen dar, die aus verschiedenen Ländern kommen – besonders wichtig angesichts des „Kleinengland“-Provinzialismus, der sich notwendigerweise auch auf die kommunistische Avantgarde auswirken muß – die aber auf einem gemeinsamen Programm vereinigt sind. Die Zugehörigkeit zu einer demokratisch-zentralistischen Internationale ist unabdingbar zur Bekämpfung der zerstörerischen Auswirkungen jeder Art von nationalem provinzialistischem Druck.

Die Aufgaben für unsere bescheidenen Kräfte rund um den Erdball stellen sich schroff angesichts Carters antisowjetischer Kriegstreiberei; die Menschheit wird durch die Möglichkeit eines atomaren Holocausts bedroht. Entweder schreiten wir vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale und zur sozialistischen Weltrevolution, oder die Zukunft birgt nur noch die Perspektive des Faschismus und der Barbarei, schrecklicher als je zuvor. In diesem Licht gesehen stellt diese Fusion einen kleinen, aber realen Schritt nach vorn dar.

Nach *Spartacist Britain* Nr. 21, Mai 1980

die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf Afghanistan!

Die Hebung Afghanistans auf die Stufe des sowjetischen Zentralasiens würde einen gewaltigen historischen Fortschritt darstellen. Worum es geht, wurde beiläufig selbst in einem betont antikommunistischen *Spiegel*-Bericht über „Moskaus Moslems“ (31. März) deutlich. Die Errungenschaften des Sowjetsystems: „Den Süden zügig entwickelt“, „Es lebt sich besser als in Leningrad“, „Die Lebenserwartung der russischen Asiaten ist unter sowjetischer Herrschaft von 40 auf 70 Jahre angestiegen. Auf je 368 Menschen gibt es dort einen Arzt – in Pakistan einen auf 6 000 Einwohner.“ (Nebenbei bemerkt ist Afghanistan wesentlich rückständiger als Pakistan.) 95 Prozent Analphabetentum in Afghanistan steht seiner vollständigen Abschaffung im sowjetischen Zentralasien gegenüber.

Aber nirgendwo ist die Frage klarer als in der gesellschaftlichen Stellung der Frau. Während afghanische Frauen in 25 Meter Musselin eingehüllt werden und von allem Kontakt außerhalb der Familie abgeschirmt werden, Mädchen nicht zur Schule gehen dürfen, gibt es im sowjetischen Usbekistan 18 weibliche Kabinettsmitglieder und Staatssekretärinnen, 116 usbekische Frauen in leitenden Posten der (selbstverständlich staatlichen) Industrie, und 1 727 Trägerinnen der Doktorwürde (Stand von 1975). Auf der afghanischen Seite der Grenze beträgt die Kindersterblichkeit 25 Prozent, und die Hälfte der Kinder erreichen nicht das Alter von fünf Jahren. Bloß der Artikel „Afghanistan und die Folgen“ erwähnt nicht einmal die Versklavung der Frau in Afghanistan!

Unsere Solidarität gilt unseren Kameraden, den Tadschiken, Belutschen und Usbeken der Roten Armee, die kämpfen, damit die islamische Reaktion nicht in Afghanistan siegt. Heißt das Unterstützung für die sowjetische Bürokratie? Keineswegs. Nur, Marxisten kämpfen für den sozialen Fortschritt – der in Afghanistan, mit einer Handvoll Fabriken, erst zur *Entstehung* einer nennenswerten Arbeiterklasse führen muß. Wie Trotzki 1940 gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman schrieb:

„In ihrer heutigen Außen- und Innenpolitik verteidigt die Bürokratie an erster Stelle ihre eigenen parasitären Interessen. Bis zu diesem Grad führen wir einen unversöhnlichen Kampf gegen sie. Aber letzten Endes werden durch die Interessen der Bürokratie die Interessen des Arbeiterstaates in einer sehr entstellten Form widerspiegelt. Diese Interessen verteidigen wir – mit unseren eigenen Methoden“ (*Verteidigung des Marxismus*).

Die Mehrheit (?) des Spartacusbundes steht mit beiden Beinen im Lager der Konterrevolution in Afghanistan. Wenn sie zum Schluß von „Afghanistan und die Folgen“ schreibt, „Zu keinem Zeitpunkt werden wir diese Forderung (‚Russen raus‘) gemeinsam mit Sozialdemokraten und/oder ‚gewöhnlichen‘ bürgerlichen Konterrevolutionären aufstellen!“ hat sie dieses verbale Dementi bitter nötig. ■

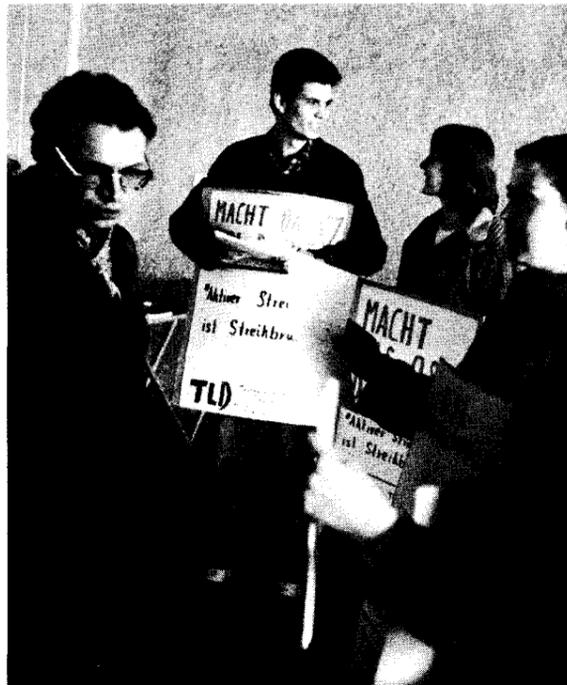
From centrism to Trotskyism

A bulletin containing all the documents of the expelled Leninist Faction and an introduction on the fight inside the WSL.

3,- DM

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Westberliner OSI-Streik



Spartakist

Der am Westberliner Otto-Suhr-Institut Ende April ausgerufenen Streik gegen staatliche Prüfungsver-schärfungen und Disziplinierungsmaßnahmen ende-te am 5. Mai in einer Niederlage. Von der OSI-Initiative studentenborniert und nur als „aktiver Streik“ (Besuch von „Alternativseminaren“, Diskussion mit Streikbrechern usw.) geplant, wurde der Kampf zum Debakel. — Die Westberliner Universitätsfraktion der TLD nahm nicht nur an der Verhinderung von Seminaren (z. B. das des reaktionären Profes-sors Schwan) teil, sondern propagierte vor allem — auf Streikversammlungen und in einem Flugblatt — eine Perspektive für den Sieg: Ausweitung des Streiks auf alle Westberliner Universitäten; soziale Ausweitung des Streiks durch Einbeziehung der Uni-arbeiter und Lehrenden; Kampf für Unterstüt-zung der Gewerkschaften; Aufstellung von militan-ten Streikpostenkettens, um den gesamten Unibe-trieb lahmzulegen. Bild: TLD-Streikpostenkette vor Bahro-Seminar: „Streikpostenkettens überquert man nicht!“ Bahro zögert ... und schreitet zu seinem Katheder.

Frankfurter Uni: Wählt Kommunisten! Wählt TLD!

Nachstehend drucken wir die Wahlerklärung unserer Frankfurter Universitätsfraktion zu den Studentenparlaments-wahlen im Juni ab, die wir zur Veröffentlichung im Uni-Report eingereicht haben.

Die TLD, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, kandidiert für die StuPa-Wahlen, um für eine revolutionäre Perspektive gegenüber der verrotteten ASTA-Politik zu kämp-fen. Es ist unser Ziel, Studenten für die Sache der Arbei-terklasse und unsere revolutionäre Politik zu gewinnen.

Wir stehen auf dem Programm des proletarischen Inter-nationalismus von Lenin und Trotzki und kämpfen für die proletarische Weltrevolution. Auf dem Campus sind wir in erster Linie durch unsere unversöhnliche Opposition gegen die islamische Reaktion in Iran bekannt geworden. Im Ge-gensatz zum MSB, der heute noch Chomeini hochjubelt und damit den Völkermord an den Kurden unterstützt, sagten wir von Anfang an: Nur durch eine klassenunab-hängige Mobilisierung des Proletariats werden die unter-drückten iranischen Massen ihren Weg aus barbarischer Unterdrückung durch den Schah und dem religiösen Ob-skurantismus der Mullahs finden. Konsequenterweise sind wir für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan gegen die vom CIA und hierzulande politisch vom KSB unter-stützten islamischen Banden, die Frauen wie Vieh behan-deln. Wir rufen zur Ausweitung der sozialen Errungen-schaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker auf. Unsere bedingungslose Verteidigung des bü-rokratisch degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion gegen imperialistische Kriegshetze beantworteten Anfang des Jahres Maoisten und Moslemfanatiker mit einem Mordan-schlag auf Genossen der TLD bei einem Teach-In, bei dem Fred Z. durch einen lebensgefährlichen Messerstich in den Rücken verletzt wurde. Mit empörendem Zynismus setzte der ASTA Angreifer und Angegriffene gleich und versteck-



Spartakist

Anti-NATO-Kundgebung der TLD-Kandidaten am 13. Mai auf dem Frankfurter Campus

te sich unter dem Mantel scheinheiliger Neutralität, die den Messerstechern als Sprungbrett einer widerlichen Lügen- und Hetzkampagne diente. Keine Stimme diesem verlogenen und bankrotten „Sponti“-ASTA! Gebt Eure Stimme der TLD, die als einzige Kraft an der Uni für die Zerschlagung der Bourgeoisie und für die proletarische Revolution kämpft! ■

Zwei Schritte...

Fortsetzung von Seite 3

der Grünen und dem der „Linken“, die immerhin noch *Das Kapital* gut genug in Erinnerung hatten, um die histo-rische Rolle der Arbeiterklasse, die Berechtigung von Klas-senkampf, in Worten zu verteidigen. Die erste Gruppe wur-de am prominentesten präsentiert von Rudolf Bahro, des-sen neue „humanistisch“-ökologische Schriften selbst seine neu-links bürokratische *Alternative* in den Schatten stellen.

Bahros grüne Rückschrittsideologie wendet sich direkt gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der er vorwirft, dem „kompensatorischen Haben-, Verbrauchen- und Kon-sumierenwollen“ („Sozialistische Alternative und Ökologie“, *Reader zur Ersten Sozialistischen Konferenz*, S. 44) verfal-len zu sein. Die britischen Stahlarbeiter, die über drei Mo-nate dafür streikten, einen erbärmlichen Lebensstandard zu halten, hätten ihm wohl eine Antwort geben können. Bahros „historischer Kompromiß“, das heißt sein breit angelegter „reformatorischer Block“ ist dann auch weit offen nach rechts:

„Sobald also jene Grünen, die noch keine Sozialisten sind, ihre Wachstumskritik an das Kapital adressieren, werden sie unbedingt das Recht haben, generell, d.h. sekundär also auch die Werk-tätigen, zum Maßhalten aufzurufen“ (s. o., S. 40).

Nach links ist der „historische Kompromiß“ dagegen be-grenzt — wir erinnern uns noch an Bahros „Offenen Brief“ an KB und KPD, in dem er deren Auflösung empfahl und Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Grünen gegen sie begrüßte.

Einige Mitglieder des in sich zerrissenen, krisengeschüt-telten Sozialistischen Büros profilierten sich als ökonomi-sche Verteidiger des Arbeiterkampfes, wobei sie teilwei-se versuchten, einen Kompromiß zu finden, das grüne Rückschrittsdenken in die Arbeiterklasse zu tragen.

Der in Marx-Exegese geschulte Führer der Komitees für Demokratie und Sozialismus (KDS), Maier, vertrat mit der Konzeption, einen „revolutionären Block“ der Linken zu schaffen, einen prominenten Kristallisationspol für ehema-lige Maoisten. Politische Konsequenz seiner These ist das alte stalinistische Etappenmodell, die reine Demokratie zu erkämpfen: Der bürgerliche Staatsapparat muß durch de-

mokratische Massenkämpfe unterhöhlt werden. Aber ein „revolutionärer Block“ wird sich um die ausgebrannten Maoisten der ehemaligen KPD, der vom KB abgespaltenen ZL und den KDS nicht bilden. Nichtmal eine zentristische Mini-USPD. Doch der Weg, über welche Umwege auch immer, in die Sozialdemokratie steht offen. Hierfür braucht ein ehemaliger Maostalinist nicht einmal das liebgeworde-ne Feindbild „Sowjetimperialismus“ abzulegen.

In dem Streit zwischen pseudomarxistischer und grüner Ökologie war es auch eine Sprecherin der Trotzki-stischen Liga Deutschlands, Barbara Köhler, die für eine revolu-tionäre Lösung kämpfte:

„Kommunisten sind für eine verstärkte Rationalisierung als Grundlage für eine Verkürzung der Arbeitszeit, was natürlich gegen die Kapitalisten erkämpft werden muß und letztlich erst erreicht werden wird in einem Arbei-terstaat unter einer geplanten Wirtschaft. Und erst in einem Arbeiterstaat wird auch die Frage der Umwelt-zerstörung durch die Profitwirtschaft der Kapitalisten gelöst worden sein im Interesse der Arbeiter, im Inter-esse letztendlich der gesamten Menschheit...“

Die Frage, die Maier rausgelassen hat, wie sie alle and-eren Redner hier genauso rausgelassen haben, ist die, wie kommen wir dazu und auf welchem Programm wird die Arbeiterklasse politisch dazu organisiert, diese Gesell-schaft zu stürzen. Was ist dazu notwendig? Was dazu notwendig ist, ist eine Partei, eine revolutionäre Partei, und zwar nicht wie es hier von einer Menge Leuten, die hier sitzen, vertreten wird, als ein Zusammenschluß von Leuten, die sich auf allgemein sozialistische Ziele und sowas berufen, womöglich noch mit grünen Einspreng-seln, sondern eine Partei, die sich auf die Erfahrung der Arbeiterbewegung beruft, auf die Erfolge, wie zum Bei-spiel den Sieg der Oktoberrevolution, und die aus den Niederlagen der Arbeiterbewegung gelernt hat, die her-vorgehoben worden sind durch den Verrat ihrer sozialde-mokratischen und ihrer stalinistischen Führer... Das Ziel für Kommunisten ist eine internationale sozialis-tische Gesellschaft — mit unbegrenzten Möglichkeiten.“

Parlamentarischer Kretinismus

Die Richtung, die auf der Konferenz eingeschlagen wurde, ist klar. Sei es über die SPD oder die Grünen: Die Neue Linke bewegt sich inzwischen auf parlamentarischen

Bahnen. Wie es Genossin Lenz in der mit Peter von Oertzen durchgeführten Podiumsdiskussion „Der herrschende Block an der Macht“ ausführte:

„Die Einladung und die Duldung des bürgerlichen SPD-Politikers Peter von Oertzen ist das Eingeständnis einer vorherrschenden reformistischen Konzeption auf dieser sozialistisch nennenden Konferenz.“

Ich möchte hier die Frage stellen, ob die Verantwortung der SPD als Regierungspartei für die Stuttgart/Stammheim-Toten, für die Berufsverbote und für die Mittel-streckenraketen-Nachrüstung und für die Anti-DDR-Hetze, die auch hier wieder angeklungen ist, vergessen worden sind. Peter von Oertzens Rolle hier auf dieser Konferenz ist es nur, eine neue integrative Funktion

Fortgesetzt auf Seite 10

ABONNIERT!

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands — Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Jahresabonnement 8,50 DM
Überseeabonnement (Luftpost) 10,- DM
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

Wer bis zum 30. Juni abonniert, erhält wahlweise eine der folgenden Trotzki-Schriften:
— Bolschewismus und Stalinismus
— Drei Konzeptionen der Russischen Revolution
— Spanische Lehren

zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)



Reaktionäre Studenten und Lumpen ermordeten Ende April allein auf der Teheraner Universität dreißig Linke. Bild: Linke helfen verletztem Genossen nach Angriff durch Mullah-Mob.

Ajatollah Ruhollah Chomeini muß es wie ein vom Himmel gefallenes Geschenk Allahs vorgekommen sein, wie ein Orden für das traditionelle schiitische Märtyrertum und ein sicheres Zeichen, daß die Zeit für die endgültige Niederschlagung seiner Feinde endlich reif sei. Zuerst landeten die Invasoren des „Großen Satans“, die USA, mit ihrem Versuch, die amerikanischen Geiseln in Teheran zu befreien, im heißen Wüstensand und krepiereten in einem schmachvollen Tod. Nur wenige Tage später befreite das britische SAS-Kommando seine eigenen als Geiseln gefangenen Diplomaten aus der iranischen Botschaft in London. Die SAS-Gang stürmte die Botschaft mit demselben Kampfgeist, mit dem sie Leute, die verdächtig sind, mit der IRA zu sympathisieren, in Nordirland abknallt. Die Ironie, daß diese Eliteeinheit des westlichen Imperialismus das diplomatische Korps der „islamischen Revolution“ befreite, fand besonderen Eingang in der bürgerlichen Presse, die auch nicht versäumte, den Kontrast zwischen dem militärischen Professionalismus des SAS und der feigen Inkompetenz der stümperhaften, aus allen Waffengattungen zusammengestellten Operation „Blue Light“ herauszustellen.

Die iranische Regierung war natürlich schnell mit „Differenzen“ zwischen „ihrer“ Botschaftsbesetzung und der der „anderen“ zur Hand. Der tatsächliche Hauptunterschied bei der bewaffneten Besetzung der iranischen Botschaft in London liegt darin, daß sich die Besetzer als Repräsentanten von Irans unterdrückter arabischer Minderheit der Provinz Chusistan auswiesen. Ihre Forderungen waren gerecht und richteten sich gegen Chomeinis persischen Chauvinismus, schiitische Bigotterie und Ausbeutung der Öl-arbeiter: Freilassung von 91 arabischen politischen Gefangenen (darunter mehrere Streikführer) und größere politische Autonomie für Chusistan. Im Gegensatz dazu ist die Besetzung der US-Botschaft in Teheran durch das Mullahregime ein Akt des Staatsterrors.

Leute, wie Chomeini und seine Jünger, die in dem festen Glauben sind, jeder ihrer Akte sei von Gott abgesegnet, besetzen heutzutage Botschaften in solch einem Zustand moralischer Erregung, daß sie sich über jeder „Staatsräson“ wännen. Üblicherweise werden Botschaften von Leuten besetzt, die (richtigerweise) nicht erwarten jemals die Staatsmacht zu besitzen. Marxisten beugen sich nicht vor den Normen der „diplomatischen Immunität“, aber sie sind entschlossen, für ihre Klasse die Staatsmacht auszuüben, auch wenn das für einige Zeit die Koexistenz mit konkurrierenden Staatsmächten bedeutet. Deshalb stehen wir der Mode der Botschaftsbesetzungen als politische Terrorspiele nicht sehr freundlich gegenüber. In einer Welt, wo Botschaftsbesetzungen immer mehr zu der verzerrten Form politischer Auseinandersetzung zwischen Verzweifelten wird, sollte sich niemand wundern, daß Chomeini und Carter die Hauptrollen spielen. Solche Größenwahnsinnigen können mit den enormen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Staatsmacht nicht nur das Leben von Geiseln bedrohen, sondern die Zukunft des Planeten überhaupt.

Anscheinend befinden sich der zynische antisowjetische Fanatiker im Weißen Haus und der religiöse Fanatiker in Qom in demselben Zustand der Raserei. Angesichts des Niedergangs der Macht des US-Imperialismus stößt Carter Drohungen aus und fällt fürchterlich auf die Nase. Angesichts eines chronisch schwachen Staatsapparates ruft Chomeini zum nationalen religiösen Märtyrertum auf. Nach Carters verpfushtem „Himmelfahrtskommando“ stellte Chomeini fest, daß Carters „Dummheit“ in gewissem Sinne der Beweis für die Unterstützung seiner Sache durch Allah wäre. „Carter hat noch immer nicht begriffen, mit was für einer Nation er es zu tun hat... Unsere Nation ist eine Na-

tion des Blutes und unsere Erziehung ist eine Erziehung für den Heiligen Krieg... Carter sollte wissen, daß eine 35 Millionen starke Nation so erzogen worden ist, daß Märtyrertum als Glückseligkeit angesehen wird“ (*New York Times*, 26. April).

In Wahrheit ist Chomeinis Heiliger Krieg nur in Worten gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Sein flammendes Schwert des Islam ist gegen die inneren Feinde seiner theokratischen Herrschaft gezückt, um „ihre Hände abzuhacken“. Er hat seine Armeetruppen und *Pasdaran* (islamische Garden) in einen Drei-Fronten-Dschihad geschickt, wo der labilen Islamischen Republik ihre seit Monaten schwersten Herausforderungen widerfahren: Zur Intervention in Grenzkonflikte mit einer gut ausgerüsteten irakischen Armee, gegen kurdische Nationalisten, die sich dem persischen Chauvinismus der Mullahs widersetzen, und an die Universitäten, wo den linken Studenten in den blutigsten Straßenschlachten seit dem Sturz des Bachtiarregimes im letzten Jahr der Mullahruf „Tod den Kommunisten!“ buchstäblich aus den islamischen Gewehrläufen entgegenkam.

Wir haben von Anfang an gesagt, daß Chomeinis islamische Armee nur durch ein blutiges Abschlagen der Minderheiten und der Linken konsolidiert werden kann. Aber es wird auf beiden Seiten Blut fließen. Solange die bewaffneten Guerillakämpfer hunderttausend Anhänger auf die Straße bringen können, wie kürzlich bei den verschiedenen 1. Mai-Demonstrationen, solange Kurden, Turkmenen und andere Minderheiten sich weiterhin dem persischen Chauvinismus mit dem Gewehr in der Hand in den Bergen und Dörfern widersetzen, bleibt die Mullahherrschaft äußerst wacklig.

Auslöschung der Kurden

Die doppelte (nationale und religiöse) Unterdrückung der Araber in Chusistan am Persischen Golf durch Chomeini wird durch seinen Bedarf an fortwährend fließenden Öleinkünften und ausgebildeten Ölarbeitern abgemildert. Aber gegen die schon immer aufständischen Kurden in den karstigen Zagrosbergen kennt sein blutiger großpersischer Chauvinismus keine Grenzen, außer der Unsicherheit bei dem Versuch, einen modernen, zentralisierten Staat auf der Basis von mittelalterlichen sozialen Einrichtungen zu errichten. Die Angriffe gegen die kurdische Minderheit sind in den letzten Wochen so zügellos und grausam geworden, daß selbst die kriecherischsten Apologeten des Ajatollah, die amerikanische Schwesterorganisation der GIM, die Socialist Workers Party (SWP) und deren iranische Gefolgsleute, die HKE, sich gezwungen sahen, zaghaft zu protestieren.

Ein Artikel in der Ausgabe vom 5. Mai der *Intercontinental Press* der SWP beschreibt Massaker, die an Begins Deir Jassin oder an My Lai erinnern. Zur Entsetzung einer von kurdischen nationalistischen Peschmerga-Guerillas belagerten Garnison in der Stadt Sanandadsch entsandte die Teheraner Regierung Phantomjets made in USA und Kampfhubschrauber, die die örtlichen Krankenhäuser und viele Häuser zerstörten. Dann befahl die Militärführung die völlige Räumung der 100 000 Einwohner zählenden Stadt, um eine „Säuberungsaktion“ im Stile der „Feuer frei“-Zonen des Pentagon in Vietnam durchzuführen. Die zweitgrößte Stadt Kurdistans, Sakis, mit 40 000 Einwohnern, wurde in eine Geisterstadt verwandelt. Die Losung der Chomeintruppen ist klar: Auslöschung der Kurden.

Ungeachtet dessen weigern sich SWP und HKE, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden oder anderer Minderheiten im Iran anzuerkennen. Stattdessen fordern

Nieder mit „Heiligen gegen d

sie „Autonomie“, womit gemeint ist, was immer der kurdische Ajatollah Hosseini darunter versteht. Daher schreiben sie:

„Trotz der bitteren Erfahrung der ausgedehnten Kämpfe in Kurdistan im letzten Jahr haben die kurdischen Führer die ganze Zeit ihre Bereitwilligkeit und die ihres Volkes bekräftigt, die iranische Revolution und die Grenzen von Iran zu verteidigen“ (Hervorhebung von uns – *Intercontinental Press*, 12. Mai).

Auf einmal müssen die Grenzen Irans, die nach dem Ersten Weltkrieg die französischen und britischen imperialistischen Siegermächte willkürlich durch das besiegte Osmanische Reich gezogen haben, verteidigt werden. Durch diese Grenzen wurde Kurdistan zwischen fünf Staaten aufgeteilt, was die Unterjochung dieses heroischen Volkes mit seiner langen Geschichte des Unabhängigkeitskampfes bedeutete. Und da weiß die SWP auch sicher, gegen wen die Grenzen der völkermordenden Schlächter der Kurden verteidigt werden müssen: Irak.

Die SWP hat plötzlich entdeckt, daß Irak ein „Marronettenregime“ des US-Imperialismus sei. Was ist denn dann aus der „arabischen Revolution“ geworden, die die SWP so lange und lauthals hochjubilte und als deren Avantgarde sich immer die irakische Ba'ath-Partei erwies? (Natürlich sind die irakischen Oberste genausowenig die Freunde der Kurden wie es die iranischen Mullahs sind. Sie betrieben zehn Jahre lang eine brutale militärische Unterdrückungskampagne gegen sie im Namen der „arabischen Revolution“, so wie es Chomeini heute im Namen seiner „islamischen Revolution“ tut.) Die arbeitenden Massen sowohl in Iran als auch in Irak können kein Interesse daran haben, Kanonenfutter für einen Grenzkrieg abzugeben. Aber die „absolute Mehrheit des irakischen Volkes“ wünscht nach Behauptungen der HKE, „ihren Teil zum gerechten Kampf des iranischen Volkes gegen den US-Imperialismus beizutragen“ (*Intercontinental Press*, 21. April).

Selbst wenn man die Frage, wieso die irakische schiitische Geistlichkeit der iranischen Seite „ihren Segen“ gegen die der Iraker gab, beiseite läßt, stellt sich immer noch die Frage, wie zum Teufel die HKE wissen kann, daß eine „absolute Mehrheit“ in Irak Chomeini unterstützt? Diese Pseudotrotzkisten richten, ohne rot zu werden, ihren Appell an die 55 Prozent Schiiten der irakischen Bevölkerung gegen die Ba'athisten, die überwiegend Sunniten sind. (Solch ein offensichtlicher religiöser Appell

Abonnement
4 Nummern
DM 6,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47,
6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto
Ffm 119 88-601
(W. Hohmann)

NO. 30 SPRING 1980

Women and Revolution

Journal of the Women's Commission of the Spartacist League, W.S.L.

Women of the East—
Proletarian
Revolution
or
Slavery

1,000 Stop
Hoarse! 3
Proletarian
Revolution
or Slavery 4
No to the Draft 12
Women
Coal Miners 14
Feminist Anti-Porn
Front 16
Labor Militant
Fights Secret Service
Harrassment 24

Hail Red Army in Afghanistan!

Chomeinis im Krieg“ die Linke



Chomeini: „Wir werden mit den Kurden machen, was Hitler und Eichmann mit den Juden getan haben.“ Dies ist die „iranische Revolution“, die die Pseudo-Linke unterstützt hat.

dürfte für die vorwiegend sunnitischen Kurden kaum nützlich sein.) Die HKE-Erklärung sinkt sogar noch auf ein tieferes Niveau ab, indem sie sich an die „Brüder der Pasdaran“ richtet – jene verhaßte klerikale Miliz, die Chomeinis Hauptwerkzeug für die Vernichtungskampagne gegen die Kurden, Araber, Aserbaidschanis ... und die Linke ist – eine 20 Millionen zählende Massenarmee zu trainieren, die gegen die US/Irak-Bedrohung kämpfen soll!

Blutige Säuberungskampagne gegen die Linke an den Universitäten

Während Chomeini versucht, die aufständischen Kurden durch systematische Zerstörung ihrer Dörfer und Städte niederzuwerfen, betreibt er zur gleichen Zeit eine blutige Säuberung der Linken aus ihren Hochburgen, den Universitäten. Bei den Angriffen durch Chomeini ergebnen Studenten und von den Moscheen angeheuertes Lumpenpack sind Dutzende getötet und Hunderte verletzt worden. Die linken Guerillakämpfer spielten eine Schlüsselrolle beim Sturz des Schah, aber von der ersten Minute seines Sieges an hat Chomeini die Entwaffnung und Zerschlagung „satanischer“ radikaler Gruppen beabsichtigt. Trotz ihrer fortgesetzten, wenn auch kritischen Loyalität zu seinem Regime, ist der „Imam“ entschlossen, die „marxistisch-leninistischen“ Fedajeen Chalq (Märtyrer des Volkes) und die radikal moslemischen Modschahedin Chalq (Kreuzzügler des Volkes) auszuradiieren. Daß diese Organisationen heute noch in Iran existieren, ist nicht auf die Toleranz, sondern auf die Schwäche des islamischen Staates zurückzuführen. Chomeini will den Unterdrückungsapparat seiner Staatsmacht über die Leichen von iranischen Linken festigen.

Die Linke, im Bündnis mit den Kurden, bewaffnet und auf ihrem Rekrutierungsfeld, den Universitäten, im Wachsen begriffen, stellte eine unübersehbare Herausforderung für die klerikale Reaktion dar. Das Signal zum Angriff wurde von Chomeini selbst gegeben, als sein Sohn auf einer Massenversammlung zum islamischen Neujahrsfest am 21. März eine Rede Chomeinis verlas. Drei Tage, nachdem er eine Generalamnestie für die Militär- und SAVAK-Folterknechte des Schah erlassen hatte, berichtete die *New York Times* (22. März) über Chomeinis „Botschaft an die Nation“:

„Er rief auf zu einer ‚Revolution in den Universitäten‘, um sie von den Professoren mit Beziehungen zum Osten und Westen zu reinigen, er warnte vor den ‚unverantwortlichen Intellektuellen‘ und sagte in deutlicher Bezugnahme auf die radikale Guerilla, daß die ‚Vermischung von Islam und Marxismus‘ falsch sei.“

Die Absicht dieser Schmäherei war alles andere als abstrakt. Die *Washington Post* vom 23. April schrieb dazu: „(Der iranische Präsident) Bani-Sadr definierte eine Kulturrevolution als etwas, das nicht nur die Gesellschaft mit den Koranvorschriften durchdringen würde, sondern ebenso seine eigene Autorität stärken würde, um gegen Gewerkschaftsagitatoren in den iranischen Fabriken, gegen die Autonomie fordernden Minderheiten und gegen die politische Opposition der Linken vorgehen zu können.“

Sehr bald führten die islamischen Fanatiker Chomeinis Anweisungen zur blutigen Säuberung der Linken aus. Die von den Mullahs organisierten Schläger, die letzten Monat die Universitäten stürmten, töteten mindestens 30 Studenten und verletzten viele hunderte. Aber beim Hauptquartier der Fedajeen an der Teheraner Universität trafen die Angreifer auf hartnäckigen Widerstand. Absicht und Urhebererschaft dieser Attacken waren fast jedem klar. Die Modschahedin weigerten sich, den Fedajeen bei der Ver-

teidigung ihrer Büros beizustehen mit der Begründung: „Widerstand zu leisten bedeutet in die Falle zu gehen, die uns als Gegner Chomeinis erscheinen lassen soll, während wir ihn doch in Wirklichkeit unterstützen“ (*Le Monde*, 22. April). Aber sogar sie wußten, wer dahinter steckte. „Es wird nicht lange dauern, und unsere Parteien werden verboten sein“ sagte ein Mitglied der Modschahedin voraus. „Es ist eine Rückkehr zu den Tagen des Schah“ (*Manchester Guardian Weekly*, 4. Mai). Nur die Mullah-Verehrer der SWP und HKE versuchten, diesen mörderischen Angriff gegen die Linke als eine „antiimperialistische Mobilisierung des iranischen Volkes“ zu verkaufen.

Das iranische Volk hat seit Jahrzehnten unter dem von den Amerikanern gestützten, blutbefleckten Schah leiden müssen. Einer von Chomeinis wesentlichen politischen „Pluspunkten“ ist sein Ruf als feuerspeiender Yankee-Hasser. Die anti-amerikanische Stimmung nutzt er demagogisch aus und geht dabei so weit, den Linken zu unterstellen, sie seien alle ausländische Agenten – nicht für die Russen, sondern für die Amerikaner! Die iranische Linke jedoch hat Chomeinis fremdenfeindliche Gegnerschaft zur westlichen Kultur (inklusive solcher „westlichen“ Auffassungen wie Marxismus und demokratische Rechte) immer als „Antiimperialismus“ dargestellt. Der Ajatollah hat schlaue Weise die Botschaftsbesetzung ausgenutzt, diesen Persilschein noch zu untermauern. Ohne dieses anti-amerikanische Schauspiel, und ohne die Komplizenschaft der Linken, die dieses Ablenkungsmanöver hochjubelt, würden Chomeini und die Mullahs politisch ziemlich ins Schleudern geraten.

Verglichen mit der ekelregenden Kapitulation vor religiösem Obskurantismus durch solche „Linke“ wie die moskaustalinistische Tudeh-Partei und die HKE, scheinen das Programm und die Aktionen der Guerilla der Fedajeen wirklich militant zu sein. Die Fedajeen sind vor zehn Jahren gegründet worden. Die daran beteiligten Gruppen wurden einerseits von Individuen geführt, die mit der Tudeh-Partei gebrochen hatten, und waren andererseits der weltliche Flügel der bürgerlich-nationalistischen Nationalen Front. Heute stellen die Fedajeen ungeachtet ihrer Größe die bei weitem subjektiv revolutionärste Strömung in Iran dar. Ihre erste Forderung in ihrem „Minimal“-Programm ist die Zerstörung des „abhängigen kapitalistischen Systems“. Mit ihrem nationalistischen Programm für eine „iranische Revolution“ fordern sie lediglich „vollständige Autonomie“ für die nationalen Minderheiten (womit sie deren Selbstbestimmungsrecht oder Lostrennung vom persischen Staat verneinen und verraten). Dennoch haben die Fedajeen zusammen mit den kurdischen und turkmenischen Aufständischen gegen die Regierungstruppen und *Pasdaran* gekämpft. Sie weisen die Charakterisierung der UdSSR als „imperialistisch“ zurück und schreiben Chomeinis antikommunistische Tiraden „amerikanischen Marionetten innerhalb der iranischen Regierung“ und der „iranischen kapitalistischen Klasse“ zu (*Kar*, 3. April).

Nichtsdestoweniger halten die Fedajeen an der stalinistisch-populistischen Strategie der Unterstützung der klerikalen Führer fest. Diese seien Teil einer „Vereinigung aller antiimperialistischen Kräfte von den progressiven nationalen Kräften und religiösen Kräften bis zu den kommunistischen Revolutionären“. Während sie zum Zeitpunkt der Botschaftsbesetzung diese als ein Ablenkungsmanöver unter dem Druck Chomeinis einschätzten, glauben sie nun, daß die berühmte Neujahrsrede eine „Abkehr“ des „Imam“ von seiner Position „zum Zeitpunkt der Besetzung des amerikanischen Spionagenestes“ sei. Und ein

Fedajeen Sprecher teilte *Le Monde* nach den Universitätskämpfen mit, seine Organisation befürworte immer noch „kritische Unterstützung“ für Chomeinis Regierung.

Es ist notwendig, in Iran eine trotzkistische Partei aufzubauen, eine Partei, die die volle Wahrheit sagt, daß Chomeinis schiitische Theokratie keinen Deut weniger unterdrückt als die Schah-Diktatur. Solch eine Partei würde zweifellos viele ihrer Kader aus denjenigen gewinnen, die sich als fähig erweisen, die linksstalinistische Engstirnigkeit zu überwinden. Die Fedajeen sind Kämpfer gegen den Schah und – widerstrebend – gegen die Angriffe der klerikalen Reaktion. Aber die HKE hat niemals gegen irgendjemanden oder für irgendetwas gekämpft. Das sind die krassen Opportunisten, die, nur wenige Monate vor dem Ausbruch der Massenkämpfe gegen den Schah, die Losung „Nieder mit dem Schah!“ noch als „ultralinks“ zurückgewiesen hatten! Diese „friedlichen, legalistischen“ Kleinbürger haben als Auslandsstudenten in den USA ihre Politik von der reformistischen SWP gelernt. Sie haben nicht gelernt, die Wahrheit zu sagen, aber sie haben gelernt, wie man rivalisierende radikale iranische Studenten an die Polizei in Houston, Texas, verrät. Das war eine gute Schule für ihre jetzige Rolle in Iran, wo man sich noch in einem Jahrzehnt an diese „Linken“ erinnern wird, die die mörderischen Schlägerangriffe auf die Fedajeen rechtfertigten.

Das Bemerkenswerteste, was die HKE jemals machen wird, ist die abscheuliche Diskreditierung des Namens des Trotzkismus in Iran. Die zukünftigen Kader einer revolutionären trotzkistischen Partei werden die Lehren, die die HKE nicht lehren kann, verstehen müssen: Chomeini und die Mullahs haben nicht die Revolution „verraten“, sondern beabsichtigten von Anfang an, eine klerikale Diktatur zu schaffen. Wirkliche nationale Befreiung vom Imperialismus erfordert die Führung der unterdrückten Massen zur Diktatur des Proletariats.

Aus *Workers Vanguard* Nr. 256, 16. Mai

HKE deckt Mullah-Terror

Mit folgenden Worten rechtfertigt die HKE die islamischen Schlägerangriffe auf die Linke an den Universitäten Irans:

„Die Tudeh Partei, Modschahedin, Fedajeen, Paykar und andere sogenannte marxistische Organisationen, die immer nur von ihren eigenen engherzigen und sektiererischen Interessen ausgehen, haben sich mehr oder weniger gegen diese tapfere Aktion ausgesprochen. Diese Kräfte (diese Organisationen glauben, daß die Reaktion das Land übernommen habe und die Universitäten die letzten Bastionen seien) haben unter dem Vorwand, die ‚Barrikade der Freiheit‘ zu verteidigen, gegen diese Aktion der ISO (Islamische Studenten-Organisationen) mobilisiert“ (zitiert in *Intercontinental Press*, 5. Mai/*Militant*, 9. Mai).

Die Tatsache, daß Chomeinis Banden am 22. April in Ahwaz ein Mitglied der HKS – der zweiten, Mandel-orientierten „fraternen“ Gruppe des Vereinigten Sekretariats – ermordeten (*Socialist Challenge* Nr. 148, 22. Mai), unterstreicht noch einmal plastisch den verbrecherischen Charakter der Politik der HKE. HKE/SWP: Das Blut klebt an Euren Händen! Für den Sturz der Mullah-Reaktion durch proletarische Revolution!

Offener Brief an das Paritätische Komitee

Genossen, das Paritätische Komitee hat wiederholt zu einer „Offenen Konferenz“ „aller Kräfte, die den Trotzkismus für sich in Anspruch nehmen“ aufgerufen. Das Paritätische Komitee hat zu nationalen Treffen aufgerufen, die solch eine Konferenz noch für 1980 vorbereiten sollen (*Tribune Ouvrière* No. 6, 29. Februar 1980). Eine direkte Einladung zu einer Teilnahme erging an die TLD durch Euren Hamburger Unterstützer der Bolschewistischen Fraktion (BF), Mario, im November letzten Jahres. Die TLD, deutsche Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, nimmt hiermit die Einladung an, bei einem solchen nationalen Treffen und bei der „Offenen Konferenz“ als Beobachter anwesend zu sein.

Gleichzeitig sehen wir jedoch die Realität, wie sie ist. Das „Paritätische Komitee“ ist keine „Einheitsfront“, sondern ein verrotteter Block zwischen Lambert und Moreno, ausgeschmückt mit etwas formal orthodoxer Rhetorik bezüglich Nicaraguas, um seinen wirklichen Zweck zu verbergen: ein organisatorisches Manöver, das Mandel übertrumpfen soll, indem die „Einheits“-Karte gespielt wird. Die deutschen Bestandteile des Paritätischen Komitees stimmen in zentralen politischen Fragen nicht überein, nicht zuletzt in der Frage des trotzkistischen Programms, das alleine durch die TLD repräsentiert wird. Deutsche Sympathisanten der BF haben in der Vergangenheit ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, mit der TLD die politischen Fragen zu diskutieren, die für das Paritätische Komitee angeblich grundlegend sind. Dagegen hat Werner Uhde, Mitglied des ZK der Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation (ISA), die mit dem Organisationskomitee zum Wiederaufbau der IV. Internationale (OK) verbunden ist, öffentlich bekanntgegeben: „das Paritätische Komitee hat entschieden, daß die iST außerhalb der Arbeiterbewegung steht“ – eine widerwärtige und jeder Grundlage entbehrende Verleumdung, die eines Gerry Healy oder Stalin würdig ist.

Angesichts der politischen Differenzen innerhalb des Paritätischen Komitees sind seine Aufrufe zur „Einheit“ der vorgeblichen Trotzkisten ein Hohn auf einen prinzipienfesten Kampf für programmatische Klarheit, für die Widerschmelzung der IV. Internationale. Und zu Afghanistan, der einen Frage, in der die Kräfte des Paritätischen Komitees doch übereinstimmen, haben sie eine konterrevolutionäre Position eingenommen. So überschrieb die italienische Sektion der BF ihren Artikel zu Afghanistan mit „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan“ (*Avanzata Proletaria*, 12. Januar). Und ganz auf der Linie der Position von OCI und Paritätischem Komitee, daß die von Chomeini und den afghanischen Mullahs geführten Bewegungen keinen „religiösen Charakter“ hätten, riefen sie dazu auf, die „iranische Revolution“ in die Sowjetunion auszuweiten – das heißt, sie treten für die Restauration des Kapitalismus ein! Sowas überrascht nicht, wenn es von der ISA kommt, die liebend gerne sehen würde, daß Helmut Schmidt Honecker stürzt, um ein SPD-Regime in einem wiedervereinigten – kapitalistischen – Deutschland zu errichten. Aber für jeden, der sich ernsthaft als Trotzkist betrachtet, sollte sowas jede Illusion über das „linke“ Paritätische Komitee zerstören. Und Morenos Idealisierung Dritter-Welt-Bonapartisten, sogar in ihrer anti-kommunistischen Form, könnte logischerweise zur Bildung einer „Imam Chomeini-Brigade“ führen, um die Rote Armee in Afghanistan zu bekämpfen!

Auf welcher Seite steht Ihr?

Als Genossen der TLD wegen unserer Position der Verteidigung der Sowjetunion von afghanischen Reaktionären und ihren maoistischen Verbündeten mit Messern angegriffen und dabei ein führendes TLD-Mitglied, Fred Z., ernsthaft verletzt wurde, gab die schwedische Sektion der Bolschewistischen Fraktion eine prinzipienfeste Erklärung heraus, sie sähe es „als unsere klare Pflicht ... uns mit den Opfern dieses reaktionären Angriffs zu solidarisieren und (wir) verteidigen mit allen unseren Kräften diejenigen, die einem solchen vorsätzlichen Angriff ausgesetzt waren.“ Auch einzelne deutsche Mitglieder der BF unterstützten eine von der TLD verbreitete Protesterklärung. Im Gegensatz dazu weigerte sich die ISA, die TLD zu verteidigen, und ging sogar soweit (in einer Front mit den islamischen Fanatikern und den antisowjetischen Maoisten), den Angriff mit „richtig so“ zu kommentieren (Telefongespräch mit der führenden Lambertistin Ingeborg S. in Berlin).

SPD

Die ISA ruft in ihrer wie gewohnt kriecherischen Politik gegenüber der SPD zu einer Stimmabgabe für diese Partei

bei den kommenden Wahlen auf. Die BF bemüht sich, links zu erscheinen, und stellt sich gegen eine Stimmabgabe für die SPD. Aber das geschieht kaum aufgrund einer prinzipiellen Opposition gegen das Bündnis der SPD mit der FDP und ihre gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik. Denn Moreno brachte in Argentinien „unter der Disziplin des Hohen Rates von General Perón“ eine Zeitung heraus und rief Mitte der 70er Jahre in Uruguay dafür auf, für die Volksfront „Frente Amplio“ zu stimmen. Das Ganze ist nur ein zynischer Versuch seitens der Morenisten, um für die Kräfte in der GIM, die nicht SPD wählen wollen, attraktiv zu wirken.

Was wird die Position des Paritätischen Komitees zu den westdeutschen Wahlen sein? Das VS hat uns schon eine Farce geliefert, als in der gleichen Ausgabe von *was tun* erklärt wurde, die (knappe) Mehrheit der GIM sei dagegen, SPD zu wählen, aber Ernest Mandel und das VS seien dafür – und das Ganze sei demokratischer Zentralismus! Wenn die Geschichte das erstmal als Farce auftritt, was kann dann die Version des Paritätischen Komitees davon sein?

ISA: Aufruf zur Konterrevolution in der DDR

Die Morenisten stellten ihre Kritik an dem verrotteten VS-Dokument „Sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats“ groß heraus und erklärten lauthals, der real existierende Sozialismus, oh pardon: die „existierenden proletarischen Diktaturen“ – das heißt die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten – seien „der bürgerlichen Demokratie, die in den imperialistischen Ländern herrscht, millionenfach (und kein bißchen weniger) überlegen“ (La dictature révolutionnaire du proletariat, S. 249–250).

Und natürlich sind sie mit dieser Position in der gleichen Organisation mit der ISA, die die „bedingungslose Wiedervereinigung Deutschlands“ fordert durch „freie Wahlen in ganz Deutschland ohne Vorbedingungen“. Das heißt ein kapitalistisch wiedervereinigtes Deutschland unter Helmut Schmidt samt seinem Stammheimer Gefängnis, der in der Situation eines revolutionären Aufschwungs sicherlich nicht hinter Scheidemann und Noske zurückstehen würde.

Im Gegensatz zu der traditionellen sozialdemokratischen Stalinophobie von OCI/ISA (jeder, der gegen die bösen Stalinisten ist, muß gut sein, einschließlich der Leute, die in Afghanistan, einem Land mit 98% Analphabeten, kommunistische Lehrer erschießen) verteidigt die TLD bedingungslos die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus. Gleichzeitig rufen wir zur politischen Revolution auf, um die stalinistischen Bürokratien zu stürzen und zur internationalen Ausweitung der proletarischen Revolution. Die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands wird nur stattfinden, wenn die Massen unter der Führung einer trotzkistischen Partei die politische Revolution in der DDR und die soziale Revolution in Westdeutschland durchführen. Wir setzen kein wie auch immer geartetes Vertrauen in die stalinistische Bürokratie, aber wir verteidigen das Recht dieser Staaten, sich gegen imperialistische Angriffe und gegen kapitalistische Restaurationsversuche im Inneren zu verteidigen, selbst wenn die bankrotte Politik der Bürokraten dazu führt, daß dies durch solch bürokratische Methoden wie die Berliner Mauer geschieht.

Laßt alle Hoffnung fahren, Ihr, die Ihr ins Paritätische Komitee eintretet

In Westdeutschland bedeutet das Paritätische Komitee einfach Unterordnung unter die sozialdemokratische Stalinophobie der ISA, ihren tiefen Entrismus in der SPD, ihre Liebe für Willy Brandt.

Aber in dem Bemühen, für ihre Machtpolitik einen orthodoxen Mantel zu schaffen (Lambert und Moreno, die in ihrer eigenen miesen Version von Potsdam die Welt unter sich aufteilen), spricht das Paritätische Komitee eine gewisse Anzahl von Fragen wirklicher Bedeutung an. Um diese Fragen ernsthaft zu diskutieren und um den prinzipienlosen Charakter des Paritätischen Komitees aufzuzeigen, wollen wir bei der „Offenen Konferenz“ anwesend sein. Aber tatsächlich kann das Paritätische Komitee es sich nicht leisten, diese Debatte stattfinden zu lassen. Denn nur die iST hat in den Fragen, die das Paritätische Komitee aufwirft, systematisch trotzkistische Positionen verteidigt.

Seit den Anfängen unserer Tendenz in den frühen 60er Jahren haben wir für die Position gekämpft, daß die Vierte Internationale durch Pablo, Mandel und Co. 1951–53 als

Weltpartei der sozialistischen Revolution zerstört worden ist – und daß es deshalb notwendig ist, die Vierte Internationale wiederzuschmieden (und nicht irgendeinen verrotteten Block zusammenzuzimmern und ihn die „rekonstruierte“ oder „reorganisierte“ Vierte Internationale zu nennen). Ab 1960–61 kämpfte die Revolutionary Tendency, Vorläufer der iST, gegen die Kapitulation der SWP-Führung vor Castro und für die Position, daß Kuba ein deformierter Arbeiterstaat geworden war: aus diesem Grund waren wir gegen die Wiedervereinigung 1963 und wurden aus der SWP ausgeschlossen (obwohl wir willens gewesen wären, die Disziplin des VS zu akzeptieren, wenn man uns erlaubt hätte, den Kampf für unsere Positionen national und international fortzuführen). Während die SWP vor dem Castroismus kapitulierte, Moreno sich in den 60er Jahren für einen Ersatzguerillero hielt (bevor er in den 70er Jahren einen scharfen Schwenk vollzog und die Guerillas in Argentinien als „Spiegelbild“ der extrem rechten argentinischen anti-kommunistischen Allianz bezeichnete) und die OCI 18 Jahre lang leugnete, daß in Kuba überhaupt eine soziale Revolution stattgefunden hatte, hielt nur die iST die Position aufrecht, daß Kuba ein deformierter Arbeiterstaat sei und die Aufgabe von Trotzkisten darin bestehe, dort eine Partei aufzubauen und eine politische Revolution anzuführen.

Jeder, der daran interessiert ist, diese Fragen ernsthaft zu diskutieren, wird sich mit dem Programm und der politischen Praxis auseinandersetzen müssen, die heute von der Spartacist Tendenz repräsentiert werden. Das einzige, wozu das politisch bankrotte Paritätische Komitee fähig ist, ist der Versuch, seine Mitglieder und Sympathisanten von dieser Debatte abzuhalten durch den Gebrauch von Verleumdungen, Lügen, und – wo es das Kräfteverhältnis erlaubt, wie in Frankreich – durch physische Gewalt gegen die iST.

für das ZK der TLD

Wolfgang Hohmann

Frankfurt, den 8. Mai 1980

Ergatiki Protoporia protestiert gegen Mordanschlag auf Fred Z.

Nachstehend drucken wir den Solidaritätsbrief der griechischen Organisation Ergatiki Protoporia (Arbeiteravantgarde) ab, in dem sie gegen den veruchten Mord an Fred Z. (siehe Kommunistische Korrespondenz Nr. 30, April 1980) protestiert. Genossen mit jahrzehntelanger Tradition in der trotzkistischen Bewegung aus dieser Gruppe kennen stalinistische Methoden nur zu gut: Hunderte von griechischen Trotzkisten wurden am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach von den Stalinisten ermordet, weil sie in unversöhnlicher proletarischer Opposition zur Volksfrontpolitik der KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) und ihrer Klassenkollaboration mit den britischen Kolonialisten standen.

Wir danken noch einmal denjenigen, die sich am breiten Protest gegen den Mordanschlag beteiligt haben und denen, die uns finanziell tatkräftig unterstützt haben. Insgesamt sind 2029,05 DM Spendengelder auf das Spendenkonto „Fred Z.“ eingegangen.

Athen, 10. März 1980

Liebe Genossen, die „Arbeiteravantgarde Griechenlands“ brandmarkt voll Abscheu den mörderischen Angriff, den die Mullah-Verehrer, Maoisten und amerikanischen Gangster auf TLDler in Frankfurt verübt haben.

Die schändlichen Angreifer haben einen neuen Feldzug des Terrors und des physischen Überfalls gestartet unter den Sprechchören: „Tod dem Trotzkismus“ und sind so zur Avantgarde der Konterrevolution übergegangen.

Wir sind voll und ganz der Meinung, daß der Haß der Mörder sich erklärt aus Eurer korrekten Klassenopposition gegen die Politik der Konterrevolution von Chomeini und seinen Mullahs, gegen die Allianz der Maoisten mit den Imperialisten, die sich in Iran und Afghanistan gegen die UdSSR richtet. Die „Arbeiteravantgarde Griechenlands“ teilt Eure grundsätzliche Position in diesen Fragen.

Die „Arbeiteravantgarde Griechenlands“ bekundet ihre Solidarität mit den TLDlern, Opfer der Grausamkeit der imperialistischen Agenten, und ruft die gesamte Arbeiterklasse an die Seite der revolutionären Trotzkisten, die für den Sieg der sozialistischen Revolution kämpfen.

Mit genossenschaftlichen Grüßen,
„Arbeiteravantgarde Griechenlands“

Sozialdemokratischer Ausverkauf des Streiks

„Schwedisches Modell“ am Ende

STOCKHOLM, 11. Mai – Hunderttausend im Streik, 700 000 ausgesperrt. Kein Fernsehen, kein Radio, keine öffentlichen Verkehrsmittel, keine Öllieferungen, Mangel an Brot und Benzin. Auch kein Bingospiel und kein Toilettenpapier. Innerhalb von zehn Tagen verließ nur ein Flugzeug das Land, als der König zu Titos Begräbnis flog, und dazu mußte er sich eine spezielle Erlaubnis von den Fluglotsen holen. Es war der größte Arbeitskampf in Schweden seit über 70 Jahren, der erste Generalstreik in einem entwickelten kapitalistischen Land seit Frankreich im Mai 1968.

Aber alles wurde ausverkauft – bis zum letzten, ohne jede Scham, verbrecherisch. Die sozialdemokratischen Bürokraten beorderten die Arbeiter zurück für wenig mehr als die Hälfte von dem, was sie ursprünglich gefordert hatten, und ihre Forderung war gerade hoch genug gewesen, um mit der Inflation Schritt zu halten.

Die Gewerkschaften hatten dieses Jahr eine elfprozentige Lohnerhöhung gefordert. Aber die Kapitalisten waren jetzt entschlossen, die Ausbeutungsrate zu erhöhen und weigerten sich, von ihrem Zwei-Prozent-Angebot abzugehen. In der letzten Aprilwoche begannen nationaler Streik und Aussperrung, nachdem die Verhandlungen im öffentlichen Sektor zusammengebrochen waren, da die Regierung sich geweigert hatte, weiter zu verhandeln, bevor im privaten Sektor Verträge abgeschlossen waren. Die Gewerkschaften ordneten ein Verbot von Überstunden und Punktreiks an. Die Bosse antworteten, indem sie in den von den Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten bestreikten Gebieten tausende von Arbeitern aussperrten.

Die schwedische Arbeiterklasse war mehr als bereit zu kämpfen. Im ganzen Land nahmen mehr als eine Million Menschen an den 1. Mai-Demonstrationen teil, den größten, die es je gab. Aber die Rolle der Sozialdemokratie war, den Kampf niederzuhalten. Der Gewerkschaftsverband (LO) garantierte, daß es keine Massenstreikpostenkette, keine Demonstrationen Streikender geben würde. Und wo die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) in örtlichen Verwaltungen sitzt, ging sie genauso gegen die Arbeiter vor wie ihre bürgerlichen Partner. In Göteborg sperrte der sozialdemokratische Stadtrat die Straßenbahnfahrer aus!

Währenddessen setzte die Bourgeoisie alle Hebel in Bewegung, um „die Öffentlichkeit“ gegen den Streik zu mobilisieren. „Schweden wird zu einer riesigen Bombe!“ schrie eine Zeitungsschlagzeile, auf das weitverbreitete Hamstern von Benzin bezugnehmend. Aber die Arbeiter waren angesichts der Anti-Streik-Kampagne der Medien nicht passiv. Als das staatliche Fernsehen in einer Sonderausstrahlung über den Streik berichten wollte, weigerte sich die Gewerkschaft, sie auszustrahlen, weil sie zur Seite der Bosse tendierte. Eine der zirkulierenden Schreckensgeschichten war, daß Krankenhausbedienstete nicht erlaubten, Krebspatienten zu operieren. Ein *Workers Vanguard*-Reporter fragte eine finnische Krankenschwester danach, und sie antwortete: „Ich will dazu nichts weiter sagen, aber die Leute in Schweden werden lernen müssen, wie man stirbt.“

Am Sonntag, dem 10. Mai akzeptierte dann der Gewerkschaftschef Gunnar Nilsson einen Vermittlungsvorschlag von 6,8 Prozent (7,3 Prozent für den öffentlichen Sektor), wenig mehr als die Hälfte von dem, was als das „absolute Minimum“ bezeichnet worden war, um den Lebensstandard des durchschnittlichen Arbeiters zu verteidigen. Es waren die Bosse, die anfangs das Angebot zurückwiesen; der Arbeitgeberverband (SAF) erklärte, er „kämpfe (...) um den schwedischen Kapitalismus international lebensfähig zu erhalten“. An diesem Punkt appellierte die Fälldin-Regierung an die Kapitalisten, den Vorschlag „um des Arbeitsfriedens willen“ zu akzeptieren, was die SAF dann auch widerwillig tat. Im Resultat steht die bürgerliche Regierung als Retter der Nation da, während sie dem Ausverkauf der Bürokraten Rückendeckung gab.

Das Ende des schwedischen Modells

Jeder fragt: Wie konnte das gerade in Schweden passieren? Hinter dem Bild von Schweden als einem Paradies für Sozialreformer steht eine der bestorganisiertesten Arbeiterklassen Europas. Als die Kapitalistenklasse zu der Taktik der Aussperrung Zuflucht nahm, um die Löhne zu drücken, spielte sie ein gefährliches Spiel und provozierte einen mächtigen, wenn auch bisher friedlichen Giganten.

Die fast einzigartige Stellung Schwedens als Beispiel für erfolgreichen sozialdemokratischen Reformismus rührte von der Tatsache her, daß das Land nicht in die zwei Weltkriege hineingezogen worden war, die den europäischen Kontinent in Blut ertränkten. Offiziell „neutral“, machte Schweden in beiden Kriegen mit beiden Seiten Geschäfte. Es weitete in großem Maße seine Produktionskapazitäten

aus und akkumulierte – in Relation zu seiner zahlenmäßig kleinen Bevölkerung – beträchtlichen Reichtum. Auf dieser Grundlage konnten die regierenden Sozialdemokraten ein relativ hohes Niveau von Sozialleistungen und Wohlfahrtsprogrammen ermöglichen. In den siebziger Jahren jedoch konnte sich der schwedische Kapitalismus die hohen Kosten des Wohlfahrtsstaates zusätzlich zu Erhöhungen des Reallohns nicht mehr leisten. Die weltweite Rezession 1974/75 schränkte Schwedens Exportmärkte ein, und steigende Arbeitskosten und hohe Steuern verminderten seine internationale Konkurrenzfähigkeit. Als nach 44jähriger sozialdemokratischer Herrschaft die bürgerlichen Parteien wieder an die Regierung kamen, war das Land schon auf dem Weg ins ökonomische Desaster.

Die bürgerliche Koalition, die im letzten Herbst wiedergewählt wurde, geriet über den Zustand der Wirtschaft in Panik. Unter dem Slogan „Schweden hat über seine Verhältnisse gelebt“ machte sie sich daran, das Nationalbudget zu kürzen. Die Streichungen betreffen in großem Ausmaß all das, was der sozialdemokratische Reformismus jahrelang aufgebaut hat – Kindergeld, Tagesstätten, Krankengeld, die Anpassung der Renten an die Lebenshaltungskosten usw. . .

1938 schuf die sozialdemokratische Regierung mit der Vereinbarung von Saltsjöbaden ein System zentralisierter nationaler Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeberverband. Eine einzige Vereinbarung zwischen LO und SAF legt die Erhöhungen des Grundlohns und der sozialen Leistungen für fast alle schwedischen Arbeiter fest – von den Eisenerzarbeitern in Kiruna zu den Mauern in Stockholm und den Hafnarbeitern in Göteborg. Als Folge dieses Systems, das lange als ein Modell für den Arbeitsfrieden gelobt wurde, gab es keine offiziellen Streiks, und auch wilde Streiks waren selten.

Aber die Inflation betrug über zehn Prozent in den letzten drei Jahren, und die Arbeiter spürten den Druck. Die

sozialdemokratische Bürokratie stand unter dem Schock, nicht mehr in der Regierung zu sitzen; sie tat überhaupt nichts, weil sie nicht wußte, was sie tun sollte. Die Gewerkschaftsführer klagten bitter, alles sei die Schuld der bürgerlichen Regierung, und ignorierten die Tatsache, daß sie selbst die Verträge unterzeichnet hatten, die den Lebensstandard der schwedischen Arbeiter in der letzten Periode um mindestens 15 Prozent senkten. Als die Arbeiter mit wilden Streiks antworteten, die sich auf den öffentlichen Sektor konzentrierten, denunzierten die Bürokraten das als „illegal“ und brachen die meisten Streiks erfolgreich.

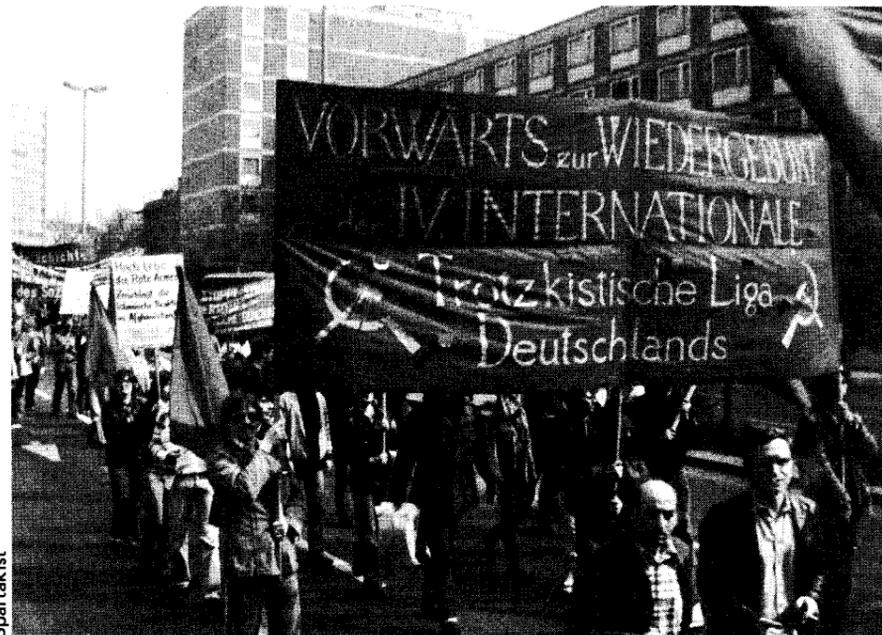
Der nationale Tarifvertrag lief letzten November aus. Aber sechs Monate lang passierte überhaupt nichts. Warum? Teilweise, weil die Bosse einfach sagten, Lohnerhöhungen seien nicht möglich – basta. Aber der Hauptgrund war, daß jedermann sich mit dem Volksentscheid zur Atomkraft beschäftigte, der am 23. März stattfand. In diesem Land, das bekannt ist für seine moralisierenden kleinbürgerlichen Radikalen und seinen Naturkult, haben Ökologieschrollen und Anti-Atomkraft-Hysterie vorhersehbar großen Anhang. Als das ganze Theater mit der Atomkraft vorbei war, wurde es mit dem Klassenkampf ernst.

Pseudolinke laufen der Sozialdemokratie hinterher

Ein Flugblatt, das am 1. Mai von schwedischen Unterstützern der internationalen Spartacist Tendenz (iST) verteilt wurde, rief dazu auf, die Aussperrung in einen Generalstreik umzuwandeln und warnte vor einem Ausverkauf durch die sozialdemokratische Bürokratie:

„Jedermann redet von einem Generalstreik. Es wäre ein enormer Schritt vorwärts, die Aussperrung in einen Generalstreik umzuwandeln und ihn zum Sieg zu führen. Aber die Arbeiterbewegung muß enorme Hindernisse überwinden, nicht zuletzt ihre eigenen sozialdemokrati-

Fortgesetzt auf Seite 10



Spartakist



Spartakist

TLD: Rote Blöcke am 1. Mai

„Sieg der Roten Armee! Nieder mit der NATO! US-Imperialisten: Hände weg von Iran! Schickt den Schah nach Teheran, Chomeini nach Kurdistan! Stürzt die Mullahs durch proletarische Revolution!“, hießen einige der Parolen, die die militanten, roten Demonstrationsblöcke der TLD am 1. Mai in Frankfurt (Bild oben) und Westberlin (Bild unten) riefen. Außer in Frankfurt und Westberlin organisierte auch in Hamburg ein TLD-Team den aggressiven Verkauf unserer Presse und verteilte das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“. Als exilierte vietnamesische Thieu-Konterrevolutionäre am 1. Mai in Frankfurt einen Informationsstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR-Vietnam angriffen und dabei ein Mitglied der Assoziation vietnamesischer Studenten schwer verletzten, halfen zwölf TLD-Genossen mit, die Provokation des antikommunistischen Packs zurückzuschlagen. Zwei KBWler, von uns mit der Frage konfrontiert: „Und auf welcher Seite steht Ihr?“, suchten das Weite.

Schweden...

Fortsetzung von Seite 9

schen Führer, die wieder und immer wieder Streiks betrogen und gebrochen haben, um die Krümel vom Tisch der Bourgeoisie serviert zu bekommen.

In den 44 Jahren, die die Sozialdemokratie an der Regierung war, hat sie ein Arsenal reaktionärer Gesetze geschaffen, die sich gegen die Arbeiter richten. ... Und die Sozialdemokraten sind darauf vorbereitet, diesen Streik zu betrügen. ... Palme hat sich als Retter der Nation zur Verfügung gestellt durch das Angebot, gemeinsam mit Teilen der bürgerlichen Klasse die Regierungsmacht zu übernehmen. Palme und Nilsson stimmen mit der Bourgeoisie überein, daß es die Arbeiterklasse sein soll, die für diese Krise zahlt. Die einzige Differenz zwischen der Bourgeoisie und den Reformisten besteht darüber, wieviel die Arbeiterklasse zahlen soll.

Aber als das Vermittlungsangebot gemacht wurde, gab es nicht den kleinsten Protestlaut seitens der sogenannten extremen Linken, ganz zu schweigen von einem Versuch, die Arbeiter gegen den Ausverkauf zu mobilisieren. Der Kommunistika Arbetarförbundet (KAF), schwedische Sektion von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat, beschränkte seine Antwort auf die Krise auf bestenfalls militanten Trade-Unionismus. Auf der 1. Mai-Demonstration war ihre Hauptparole der vage Aufruf für eine „einheitliche Streikfront gegen die Bosse und die bürgerliche Regierung“. Die kleineren vorgeblich trotzkistischen Gruppen agitierten für eine Rückkehr der Sozialdemokratie zur Macht. Die frühere Bolschewistische Fraktion der KAF, die unter der Führung des argentinischen politischen Abenteurers Nahuel Moreno steht, ruft zu einer LO/SAP-Regierung auf, und die *Offensiv*-Gruppe, inspiriert durch den altersschwachen britischen Reformisten Ted Grant, fordert „Sozialdemokratie an die Macht auf einem sozialistischen Programm“. Im Ge-

gensatz dazu forderte das Flugblatt von Spartacist Stockholm: „Für eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung! Für eine Arbeiterregierung, die die Kapitalistenklasse ent-eignet!“

Aussperrung und nationaler Streik in Schweden fanden nicht im Rahmen nationaler Isolation statt. Die Tatsache,



Olaf Palme, kostümiert als Arbeiter. Die SAP tat ihr Bestes, den größten schwedischen Arbeitskampf seit über 70 Jahren mit abzuwürgen.

daß das drittgrößte Zentrum von in schwedischem Besitz stehender Industrie – São Paulo, Brasilien, wo Volvo-Autos, Scania-Lastwagen und Ericsson-Telefone produziert werden – im letzten Monat bestreikt wurde, hat das Bewußtsein schwedischer Arbeiter beeinflußt. Innerhalb Schwedens haben die ausländischen Arbeiter eine wichtige Rolle gespielt, besonders die große Anzahl von Finnen, die das Rückgrat einer Anzahl wichtiger Industriebetriebe bilden und die die schweren Bataillone eines Generalstreiks hätten sein können. Und das gegen die Arbeiter gerichtete, antikommunistische Klima steht im Zusammenhang mit Jimmy Carters antisowjetischer Hetze, die wegen Iran und Afghanistan einen nuklearen Dritten Weltkrieg auszulösen droht.

Die schwedische Sozialdemokratie hat sich unverdienterweise im Ausland den Ruf erworben, „links“ zu sein, weil Olof Palme die USA wegen Vietnam kritisiert hat. Aber ihre Verteidigung des schwedischen Kapitalismus hat sich nicht auf Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Bossen beschränkt. Die SAP hat systematisch eine der mächtigsten Militärmaschinerien in Nordeuropa aufgebaut, deren vorderste Linie eine Kette befestigter Inseln an der baltischen Küste darstellt. Obwohl Schweden formell kein Mitglied der NATO ist, steht es außer Zweifel, wohin seine Raketen und Kampfflugzeuge gerichtet sind – gegen Rußland. Und nun, da die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten zur Ordnung rufen, ist die schwedische Sozialdemokratie vorhersehbarerweise im imperialistischen Lager angetreten. Auch Schwedens bedeutende eurokommunistische Linke Partei (VKP) erklärte – und das obendrein noch im nationalen Fernsehen: „Wir denken, daß die sowjetischen Truppen zurückgezogen werden sollten.“ Und die *Hauptparole* der Maoisten bei der 1. Mai-Demonstration war: „Sowjets raus aus Afghanistan!“

Der KAF und andere Pseudotrotzkisten mieden die Frage der Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus, eine Frage, die in Schweden heute weder abstrakt noch weit weg ist, indem sie sich auf ökonomistische Forderungen und/oder „Sozialdemokratie an die Macht“ beschränkten. Es blieb den Unterstützern der iST überlassen, an die Mai-Demonstrationen den Aufruf zum „Sieg der Roten Armee“ und zur „Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker“ zu richten.

In allen sozialen Klassen breitet sich die Einsicht aus, daß das alte Schweden, das Schweden des „Modell“-wohlfahrtsstaates, der friedlichen, institutionalisierten Verständigung zwischen Arbeit und Kapital, tot ist. Der monumentale Betrug in dem nationalen Streik/der Aussperrung muß viele Arbeiter aus ihrer festen reformistischen Überzeugung aufrütteln und ein bitteres Mißtrauen in die sozialdemokratische Bürokratie erzeugen. Die Bedingungen für die Entwicklung einer revolutionären (trotzkistischen) Avantgardepartei werden daher günstiger.

Jede Vorstellung von einer sozialistischen Revolution, die sich nur auf diesen einen Teil der skandinavischen Halbinsel mit ihren acht Millionen Einwohnern beschränkt, ist ein utopisches Luftschloß, und die politisch hochentwickelte schwedische Arbeiterklasse weiß das. Mit seinem in hohem Maße klassenbewußten und organisierten Proletariat könnte Schweden der Funke für die sozialistische Revolution in Westdeutschland, dem industriellen Kerngebiet des imperialistischen Europas, sein, oder sogar für die politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie des sowjetischen Blocks. Für diese Perspektive müssen schwedische Revolutionäre kämpfen, eine Perspektive, die durch den gegenwärtigen Ausbruch des Klassenkrieges noch sehr viel greifbarer geworden ist. ■

Zwei Schritte...

Fortsetzung von Seite 5

wahrzunehmen, die Linke wieder in den bürgerlichen Staat heimzuführen. Und es wird ihm auch leicht gemacht dadurch, daß die ehemalige APO heute inzwischen längst bereit ist, eine innerparlamentarische Opposition darzustellen und die Demokratie nicht mehr begreift als die Diktatur der Bourgeoisie.

Peter von Oertzen hat hier die Rolle, die die SPD in einer revolutionären Bewegung spielen würde, angesprochen. Wir kennen sie aus der November-Revolution. Die SPD ist sicherlich immer noch *die* bürgerliche Arbeiterpartei, und es kommt darauf an, die Masse der SPD-Arbeiter zu gewinnen. Anders wird es nie eine Revolution geben können, anders wird eine revolutionäre Partei nie aufgebaut werden können. Aber um dies zu erreichen stellen wir uns in die Tradition von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, das heißt zu kämpfen für die Spaltung der SPD entlang ihrer Klassenachse. Kommunisten versuchen, um an die Arbeitermassen der SPD heranzukommen, nach Möglichkeit auch kritische Wahlunterstützung für die SPD zu geben. Aber für diese SPD, als Regierungspartei in einer Koalition mit der FDP, für das Schmidt-Genscher-Übel, können wir keine noch so kritische Stimme abgeben.

Diejenigen, die nur Anti-Strauß-Kampagnen führen, verschweigen, daß sie genau das tun; nämlich für das „kleinere Übel“ einzutreten, das genau eben nur die bessere integrativere Rolle der Bourgeoisie übernimmt. Auf keinen Fall können wir natürlich die Grünen unterstützen, weil die eine rein kleinbürgerliche rückschrittliche und nur vorübergehende Bewegung sind. Mit der

SPD muß man sich immer auseinandersetzen als eine strategische Aufgabe.“

Die GIM: zentristischer Fisch schwimmt mit dem reformistischen Strom

Während die TLD versuchte, den revolutionären Linken eine Alternative zu neuen grünen, sozialdemokratischen oder stalinistischen Sackgassen zu zeigen, erwies sich die GIM als Berater von Bahros „reformatorischem Block“. „Parteiegoismus“ war noch nie ein Problem der pabloistischen GIM: sei es international die Auflösung in der FSLN Nikaraguas, die blinde Unterstützung der Imamstudenten in Iran oder national der jahrzehntelange tiefe Entrismus der Vorläuferorganisation der GIM in der Sozialdemokratie. Und auch heute ist es nicht die Leninsche Partei, für die die GIM kämpft, sondern die „Sozialistische Alternative“, bewußt als zentristisches Gebilde geplant, als „Einheitsfront“-Manövrierfeld für die GIM. Kein Wort verloren Sprecher der GIM während der gesamten Konferenz über die Anti-DDR- und die Anti-Sowjetunion-Hetze der Imperialisten, Verbote einer drohenden Kriegsgefahr.

Der Beitrag Winfried Wolfs in der abschließenden Plenumsdiskussion bekam dann auch den Beifall, den er verdiente – den Beifall Peter von Oertzens. Wolf:

„Ich meine, daß es sehr gut sein würde, wenn der Kollege Eppler weiter in der SPD kämpfen würde für seinen Standpunkt, wenn er sich zu unserem Standpunkt fortentwickeln würde, und es sehr gut gewesen wäre, wenn die fünf Prozent, die in Baden-Württemberg grün gewählt hatten, in diesem Landesverband ganz explizit gezeigt hätten, daß sie hier eine Möglichkeit sehen, in der SPD, in der stärksten Partei, die die Hegemonie über die Arbeiterklasse hat, die Geschichte zu verändern. ... Ich stelle fest, daß hier ein sehr einseitig fixiertes Klima vorherrscht in bezug auf Autoritäten, daß die Existenz und Präsenz vom Genossen Peter von Oertzen als Politikum empfunden wird. ...“

Eine schwache GIM-Mehrheit hatte sich auf deren letzter Nationaler Konferenz *gegen* eine kritische Wahlunterstützung der SPD ausgesprochen. So manches GIM-Mitglied wird dann am Tage nach der Sozialistischen Konferenz erst aus der *Frankfurter Rundschau* erfahren haben, daß seine Organisation jetzt doch öffentlich – und keineswegs wie der Strick den Gehängten, sondern eher wie die Hängematte den Sonnenbadenden – die SPD unterstützt.

Die TLD hingegen war der offensichtliche rote, kommunistische Pol und Stein des Anstoßes auf der Konferenz. So belustigt sich der sozialdemokratische *Vorwärts* (8. Mai) zu Beginn seines Artikels „Wider das Gammeln im Getto“ über eine „Kämpferin der ‚Trotzkistischen Liga‘“ und schreibt: „Sie propagiert noch den geschichtlich unausweichlichen Endkampf ...“. Allerdings. ■

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

– 25,- DM for 24 issues – AIRMAIL
– 8,- DM for 6 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88–601 (W. Hohmann)

SPARTACIST

Organ des Internationalen Exekutivkomitees der internationalen Spartacist Tendenz

Deutsche Ausgabe

Nr. 7/8

Sommer 1980

- Afghanistan: Hoch die Rote Armee!
- Der Trotzkismus und die sowjetisch-chinesische Spaltung
- Vorwärts zur Internationalen Trotzkistischen Liga!
- Dokument der ersten Delegiertenkonferenz der iST
- Keine „kritische Unterstützung“ für die Volksfront

2,- DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88–601 (W. Hohmann)

San Francisco...

Fortsetzung von Seite 12

KRON der Kundgebung näherte, gab der Kundgebungsleiter bekannt, daß sie nicht willkommen seien und ihnen der Weg durch eine Kette von Ordnern und Demonstranten versperrt werden würde mit den Rufen: „Streikbrecher raus!“ Sobald sie die Ankündigung vernommen hatten, machten die Streikbrecher kehrt und gingen, während die Menge applaudierte.

Der Protest gegen die Nazis am 19. April konnte nur durch einen zähen Kampf gegen die Stadtgewaltigen von San Francisco realisiert werden. Stadtrat Quentin Kopp beschwor die Bürger, „von einer Teilnahme abzusehen“ (mit anderen Worten: Bleibt zu Hause und schaut Euch die Faschisten im Fernsehen an). Im Einklang mit den sabotierenden Stadträten verhängte die Presse eine Nachrichtensperre, die nicht nur bis zum Zeitpunkt der Demonstration, sondern auch noch nach der 1 200 Mann starken Kundgebung andauerte.

Aber nicht nur die herrschende Klasse wollte die Demonstration durch eine Mauer des Schweigens paralisieren und isolieren. Die reformistische Linke brachte eine beachtliche Volksfront zustande, die vom Bürgermeisterbüro bis zur Kommunistischen Partei reichte und in ihrer gemeinsamen Opposition gegen die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen die Nazis geeint war. Die Stalinisten rechtfertigen jeden opportunistischen Ausverkauf traditionell mit der Notwendigkeit, die „antifaschistische Einheit“ aufrechtzuerhalten. Aber angesichts dieser prinzipienfesten Einheitsfrontaktion gegen die Faschisten, initiiert von Sozialisten und getragen von der Kraft der Arbeiterklasse, werden die Stalinisten die größten Spalter. Der „Zusammenschluß“, den diese vorgeblichen „Kommunisten“ suchen, ist nicht die Einheit einer Massenaktion gegen KKK und Nazis, sondern vielmehr die der Ketten, die die Sklaven an ihre Herren und die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter fesselt.

Die Communist Workers Party (CWP – Anhänger der entmachteten chinesischen Viererbande), deren Mitglieder in Greensboro ermordet worden sind, hielt gleichzeitig mit ANCAN ihre eigene Kundgebung einige Blöcke entfernt am UN Plaza ab. Die ANCAN-Demo war eine Mobi-

**Detroit, 10. November:
Fünfhundert Gewerkschafter,
militante Jugendliche
und Kommunisten halten
Kundgebung gegen Ku Klux
Klan-Terror ab, eine Woche
nach dem Massaker von
Greensboro.**



Workers Vanguard

lisierung von Gewerkschaftern, Sozialisten und Minoritäten, um den Naziaufmarsch zu verhindern, indem sie deren angekündigten Versammlungsort zur selben Zeit mit weit überlegenen Kräften besetzt hielt. Im Gegensatz dazu appellierte die CWP (ansonsten bekannt für ihr Abenteuerium) an den Stadtrat und versuchte mit allen Mitteln, eine „Konfrontation“ mit den Nazis zu verhindern. Der wesentlich geringere Besuch der CWP-Kundgebung (etwa 400) bewegte CWP-Sprecher Nelson Johnson offensichtlich dazu, auf der ANCAN-Demo zu erscheinen und das früher gemachte Angebot auf Redezeit für die CWP wahrzunehmen.

Der Niedergang des Kapitalismus mit allen seinen Erscheinungsformen: galoppierende Inflation, Massenarbeitslosigkeit und tiefe ökonomische Depression und das Zusteuern des Imperialismus auf einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion, ermöglicht am Rande des immer verzweifelter werdenden Zustandes der Kleinbourgeoisie das Aufkommen eines gefährlichen lumpenisierten Gesindels. Dieser soziale Abfall versteht sich selbst als die konzentrierte, „starke“ Version des Rassismus und Gewerkschaftshasses, der von den höchsten Kommandohöhen der herrschenden Klasse verbreitet wird. Die ungeschminkte

Forderung der Faschisten nach „weißer Herrschaft“ war nur ein kleines Element in den Mobilisierungen gegen das Busing (Transport von schwarzen Schulkindern in weiße Vorortschulen) zum Beispiel in Boston Mitte der siebziger Jahre. Aber es ist eine Faser im Henkerstrick des Rassismus, der bis zu den Kongreßliberalen und Carters Weißem Haus der „ethnischen Reinheit“ reicht, der die Schulintegration verhinderte und andere minimale Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung wieder zurücknahm. Wenn dann Jimmy Carters private Schlägertruppe Jane Margolis, eine Führerin der CWA in San Francisco und eine der Initiatoren der ANCAN-Kundgebung, von ihrem Gewerkschaftskongreß, wo sie gewählte Delegierte war, verschleppen kann, ist es kein Wunder, daß der Klan in Oceanside in eine Menge von Anti-Ku-Klux-Klan-Demonstranten mit Baseballschlägern, Messern, Revolvern, Fahrradketten, Tränengas und Polizeihunden preschen kann. Der Klan und die Nazis spüren natürlich ihre wachsende Anerkennung innerhalb der Bourgeoisie, jedesmal wenn die Polizei sie vor einer aufgebracht Menge schützt, jedesmal wenn die Gerichte ihr „Recht auf Redefreiheit“ schützen, jedesmal wenn die Medien „unparteiisch“ die rassistischen Terroristen mit ihren Opfern gleichsetzen.

In Amerika wird eine faschistische Bewegung auf der Basis weißer Vorherrschaft aufgebaut werden, sie ist die Speerspitze des Rassismus. Dies wiederum verpflichtet die Arbeiterbewegung als Antwort darauf gegen die Unterdrückung von Schwarzen und anderen Minoritäten zu kämpfen. In der jetzigen kapitalistischen Krise, den rücksichtslosen „Sparprogrammen“ für die Städte und der Losung „Kanonen statt Butter“ sind die Minderheiten Zielscheibe für jeden kapitalistischen Politiker. Streichungen im Gesundheitsdienst, Schulen, Arbeitsplätze und Wohnungsweisen treffen zuerst die Ghettos, während demokratische und republikanische Politiker ihre schwarze Wählerschaft in aller Öffentlichkeit als „entbehrlich“ fallen lassen. Obwohl es den Minderheiten niemals zuvor so schlecht wie heute ging, nicht einmal während der großen Depression in den dreißiger Jahren, sind sie ein bequemer Sündenbock für die Kapitalisten, die die Wut der Arbeiter über Fabrik-schließungen und Massenentlassungen in eine rassistische Hetze lenken wollen. Der Klan und die Nazis haben die gleiche Strategie, nur sie beanspruchen für sich die bessere Ausführung dieser Arbeit des ungezügelt Rassenterrors. Hinter der wachsenden bürgerlichen Anerkennung der Faschisten 1980 steht die bisher noch verschwommene Erkenntnis, daß diese „verrückten Männer“ in ihren Sturmtruppuniformen und ihren Kapuzengewändern, diese verrückten Hitleranbeter und maskierten Kluxers vielleicht einmal notwendig für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus werden.

Während die Bosse den Rassenkrieg gegen Schwarze und den Atomkrieg gegen die Sowjetunion fördern, werden sich ihre strategischen Schläge gegen die Arbeiterbewegung richten. Nur sie ist die einzige soziale Kraft mit der Macht und dem Klasseninteresse, die kapitalistischen Attacken von Depression und Krieg zu zerschlagen. Für ihre Schläge wird die Bourgeoisie bewaffnete Stoßtruppen mit ihrem Rassenterror, Gewerkschaftszerschlagung und Antikommunismus benötigen. Deshalb werden und können die kapitalistischen Politiker nicht den „Klan verbieten“. Deshalb ist es notwendig, nicht nur die Nazipest zu bekämpfen, sondern ebenso die rassistische kapitalistische Politik, die sie ausbrütet. Das ist der Grund, warum eine Anzahl von klassenkämpferischen Gewerkschaftern und die Spartacist League auf der Kundgebung am 19. April klargemacht haben, daß der Kampf gegen die Faschisten Teil eines Kampfes für die Schaffung einer Arbeiterpartei sein muß. Aber keine elende reformistische parlamentarische Partei, sondern eine Arbeiterpartei, die die Macht der Gewerkschaftsbewegung mobilisiert in diesem Kampf ums Überleben. Wenn die Arbeiterklasse und Schwarze in Amerika und auf dem ganzen Planet eine Zukunft haben sollen, ist es Zeit zum Aufwachen! Jagt die Nazis und den KKK zum Teufel – das ist die Botschaft vom 19. April in San Francisco.

Brief an den Arbeiterkampf

Frankfurt, den 12. Mai 1980

Werte Genossinnen und Genossen!

Wir möchten schärfstens gegen die boshafte Fälschung der Positionen der TLD zum Kampf gegen die Faschisten protestieren. Ihr schreibt im Bericht über den Antifaschistischen Kongreß, *Arbeiterkampf* Nr. 175: „Einige der geäußerten Positionen (z. B. TLD) seien direkt provokatorisch und menschenverachtend, weil sie darauf hinausliefen, den Nazis jede Freiheit und damit auch deren staatlichen Schutz zuzugestehen.“ Das Gegenteil ist richtig, wie Euch wohlbekannt sein dürfte. Die Losung „Freies Rederecht für Faschisten“, wie sie z. B. von der amerikanischen SWP, Schwesterorganisation der GIM, vertreten wird, wurde von uns stets auf das schärfste bekämpft.

Praktisch ist es doch so, daß die Polizei das Treiben der Nazis toleriert, mit ihnen zusammenarbeitet und sie gegen die Linke und Arbeiterbewegung schützt. Deshalb hat der TLD-Redner auf dem Antifa-Kongreß entschieden gegen die Forderung nach Verbot der Nazis polemisiert.

Das Entnazifizierungs-Make Up der deutschen Verfassung, das der moralischen Aufrüstung (der die militärische auf dem Fuße folgte) des westdeutschen Imperialismus dient, nimmt der KB für bare Münze. Er nährt so die dumme und gefährliche Illusion, den Staat als „unparteiischen Schiedsrichter“ auf die Seite der Arbeiterbewegung ziehen zu können. Ist dem KB nie aufgefallen, daß die Ziele der Faschisten – Zerstörung und Rückeroberung der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, Zerschlagung der Gewerkschaften, Liquidierung der Kommunisten, Völkermord – sich decken mit den langfristigen Interessen des westdeutschen Imperialismus? Nicht heute, aber in ihrer krisenhaften Zukunft, könnte die Bourgeoisie auf ihre arbeiterfeindlichen Sturmtruppen angewiesen sein. Deshalb kann und will der bürgerliche Staat die Faschisten nicht verbieten.

In Westberlin hat der Senat Graue Wölfe-Mordanschläge zum Vorwand genommen, ultimativ die Mitgliederlisten „extremistischer“ – sprich in erster Linie linker – türkischer Organisationen zu fordern. Dies ist das Ergebnis von Verbotsforderungen, wie sie vom KB erhoben werden; einer Politik, die auf die Klassenjustiz statt auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse vertraut. Der Kampf gegen den Faschismus muß ein proletarischer Kampf sein. Er kann nur gegen den bürgerlichen Staat siegen. Davor weicht die KB-Führung zurück. „Rock gegen Rechts ist ein Ablenkungsmanöver“ sagte der TLD-Redner auf dem Antifa-

Kongreß. Und in der Tat: Was empfiehlt die KB-Führung den mit Mordanschlägen bedrohten türkischen Linken? Rockmusik? Niemand, der einigermaßen Sinn für Realität hat, kann glauben, durch Musik am Rebstock auch nur einen Nazi vom Römer zu jagen. Verbote durch die Polizei? Mögen KB-Strategen am 17. Juni eine weitere Illegalisierung einer linken oder DGB-Demo als Sieg feiern. Doch auch abenteuerliche Aktionen einer Handvoll Linker gegen sorgsam von der Polizei geschützte Faschisten sind nur die andere Seite der Medaille des Unverständnisses staatlicher Macht. Auch solche impotenten Konfrontationen können nur zu Niederlagen führen. Wir wollen die Faschisten wirklich schlagen.

Am 19. April hat eine von unseren amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. initiierte Demonstration erfolgreich eine Nazikundgebung in San Francisco verhindert. Diese Demonstranten waren kein loser Haufen von Rockanhängern, sondern 1200 organisierte Gewerkschafter, Schwarze, Minderheiten und Kommunisten, die wußten, warum sie da waren, und vorbereitet waren zu kämpfen. Der Block der Lagerarbeiter marschierte unter dem Transparent: „500 Mitglieder der Lagerarbeitergewerkschaft verlangen: Verteidigt das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung! Für Arbeiter/Schwarze/Latino-Verteidigungsgruppen, um Nazis/Klan zu zerschlagen!“ Die Nazis, die Hitlers Geburtstag feiern wollten, zogen es vor, gar nicht erst zu erscheinen. Hinter dieser Demonstration stand die Kraft der organisierten Arbeiterbewegung San Franciscos. Zahlreiche Vertrauensleute, Gewerkschaftsführer und auch Vertreter homosexueller und jüdischer Organisationen hatten die Demonstration unterstützt. Dieser Erfolg konnte freilich nicht über Nacht, sondern nur durch zähe, systematische kommunistische Arbeit unserer Organisation in der Gewerkschaftsbewegung errungen werden. Diese Demonstration repräsentierte reale, in zahlreichen Streikämpfen getestete Kraft. Zahlreiche Redner auf der Kundgebung warnten vor Illusionen in die bürgerlichen Parteien und die professionellen Streikbrecher der Polizei.

Unabhängige Arbeiterselbstverteidigung, nicht Appelle an den bürgerlichen Staat, das ist der Weg zum Sieg über die Faschisten. Jeder praktische Schritt in diese Richtung ist mehr wert als hundert „Rock gegen Rechts“-Konzerte!

Mit kommunistischen Grüßen,
im Auftrag der TLD
Kurt Fischer

SPARTAKIST

San Francisco

1200 Gewerkschafter verhindern Nazi-Aufmarsch

SAN FRANCISCO – Am 19. April marschierte doch kein brauner Nazitrupp im Stechschritt auf den Civic-Center-Platz, um Hitlers Geburtstag zu „feiern“. An diesem Samstag waren die Stufen zur Stadtverwaltung um zwölf Uhr mittags leer. Aber nicht auf Grund einer zurückgezogenen Polizeierlaubnis oder einer Resolution des Stadtrats. Die Nazis bekamen Muffensausen, weil eine beeindruckende Menge von 1 200 Demonstranten, hinter denen die geballte Kraft der organisierten Arbeiterbewegung stand, den Platz, wo die Nazis ihre Provokation stattfinden lassen wollten, besetzt hielten. Daß es nicht mehr waren – Polizeischätzungen sagten 5 000 voraus – lag an der Tatsache, daß die Hitlerjünger und ihr Polizeischutz angesichts der im Schneeballeffekt immer breiter werdenden Unterstützung für die Kundgebung des April 19 Committee Against Nazis (ANCAN) zurückschreckten und ihren rassistischen Marsch absagten. Mehrere Gewerkschaftsführer des Bay Area, der Umgegend von San Francisco, machten deutlich, daß die Faschisten eine saftige Abreibung bekommen hätten, wenn sie es gewagt hätten, aufzutauhen. „Hitlers Geburtstag ist hier kein Feiertag“, stand auf einigen Schildern, und die Menge war entschlossen, das in die Tat umzusetzen.

„Diese Kundgebung ist ein Sieg“, erklärte der Vorsitzende von ANCAN, Bob Mandel, Mitglied der Exekutive der Ortsgruppe 6 der International Longshoremen's and Warehousemen's Union (ILWU – Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft). Und sie war nicht nur eine der größten Demonstrationen der letzten Zeit im Bay Area, sie war seit Jahrzehnten die erste in den Vereinigten Staaten, wo Sozialisten und Gewerkschafter sich zu einer gemeinsamen politischen Demonstration zusammengeschlossen hatten. Das allein fegte die Nazis von der Straße und garantierte, daß vor der Stadtverwaltung keine Hakenkreuzfahnen flatterten. Auf Dutzenden von Schildern stand es: „San Francisco ist eine Arbeiterstadt, keine Nazistadt!“ Die Demonstration wurde von hunderten Gewerkschaftsmitgliedern besucht. Mehr als 35 höhere Gewerkschaftsfunktionäre und neun örtliche Gewerkschaften gaben ihre Unterstützung. Zusätzlich zu den Ortsgruppenvorsitzenden und Vorstandsmitgliedern, die Ansprachen hielten, gab es geordnete Blöcke von Telefonarbeitern beiderseits des Bay Area bis hinunter nach Los Angeles mit ihren offiziellen Bannern der CWA (Telefonarbeitergewerkschaft), ein weiteres trugen militante ILWUer mit sich.

Hitlers Geburtstag? Kein Feiertag in San Francisco! Leider konnten die Faschisten anderswo den Massenmord von Buchenwald und Dachau und ihren eigenen blutigen Terror „feiern“. In Benson, North Carolina, versammelten sich 50 Ku Klux Klan (KKK) Mitglieder und Nazis zu ihrem „Hitlerfest“. In Braunhemden und weißen Klangevändern bildeten sie eine „rassistische Einheitsfront“, um die 14 kaltblütigen Mörder, die letzten November in Greensboro fünf antifaschistische Demonstranten am helllichten Tage niedergeschossen hatten, zu verteidigen. Eine Nacht bevor ANCAN-Sprecher im Civic-Center in San Francisco klarmachten, daß es kein „Rederecht“ für Faschisten gibt, hatten KKK-Mördertruppen in Chattanooga im Südstaat Tennessee in eine Gruppe von Schwarzen gefeuert, wobei vier Frauen verletzt wurden. Außerdem soll es eine „Geburtstagsparty“ der Nazis in Washington gegeben haben. Aber in San Francisco konnten Schwarze, Juden, Gewerkschafter, Kommunisten, Homosexuelle, Chicanos, asiatische Amerikaner und rechtschaffene Bürger überhaupt am 19. April unbesorgt auf die Straße gehen – wegen der entschlossenen Aktion von ANCAN.

Während sie früher in den ländlichen, rückständigen Südstaaten, geschützten Enklaven der Reaktion, vergraben waren, sind die KKK/Nazi-Killer durch das gegenwärtige rapid nach rechts wandernde politische Klima ermutigt worden. Sie bewegen sich zwar noch immer recht vorsichtig, strecken ihre Fühler von den rein weißen Vororten aus



19. April: „San Francisco ist eine Arbeiterstadt, keine Nazistadt!“. Klassenkämpferische Gewerkschafter und die Spartacist League initiierten Anti-Nazi-Aktionseinheit.

und stützen sich auf massiven Polizeischutz. Aber wenn sie versuchen, die Arbeiterzentren mit ihrem rassistischen Terror zu überziehen, können die Faschisten daran gehindert werden. Die Spartacist League (SL), obwohl zahlenmäßig eine relativ kleine kommunistische Propagandagruppe, hat bisher zweimal die Führung bei solchen Aktionen übernommen. Sie war Initiator und Organisator der Demonstration zur Verhinderung des Naziaufmarsches in San Francisco am 19. April. Als im Gefolge des Greensboro-Massakers der Klan sich anschickte, in Detroit, dem überwiegend von Schwarzen bewohnten Zentrum der Autoindustrie, zu marschieren, war die SL der Motor einer 500 Mann starken, vorwiegend aus Schwarzen und Autoarbeitern bestehenden Demonstration, die unmißverständlich zu verstehen gab: „The Klan won't Ride in the Motor City! – Der Klan wird in der Autostadt Detroit nicht marschieren!“

Das alarmierende Wachstum faschistischer Terrorgruppen findet weder in einem politischen Vakuum statt noch spiegelt es eine Atmosphäre von ziellosem „Haß“ wider, wie uns viele Liberale weismachen wollen. Es ist vielmehr eine direkte Reflektion der sich ausbreitenden ökonomischen Krise und internationalen Politik des US-Imperialismus. Der Klan und die Nazis sind die faschistischen Randerscheinungsformen der Bemühungen des Weißen Hauses, die Bevölkerung für einen nuklearen Dritten Weltkrieg gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Wenn Carter dazu aufruft, in Übersee gegen die Kommunisten in den Krieg zu ziehen, meinen Klan und Nazis, zur Hetzjagd auf Linke, Schwarze, Gewerkschafter und Juden zu Hause blasen zu können. Wenn der tollwütig antirussische Revanchist Brzezinski am Khaiber-Paß mit einer Maschinenpistole herumfuchtelt, dann ist das Massaker in Greensboro am helllichten Tage die Kehrseite derselben Medaille. Indem wir das Eindringen der Faschisten in die industriellen Zentren bekämpfen, bemühen wir uns also auch, der Bourgeoisie ein Potential fanatischer Elemente, das unverhüllt Krieg gegen die UdSSR fordert, zu zerstören.

Brecht mit der Demokratischen Partei! Für den Aufbau einer Arbeiterpartei!

Bemerkenswerterweise trat auf der Kundgebung in San Francisco ein Gewerkschaftsführer nach dem anderen auf und erklärte, daß man sich weder auf die Polizei noch auf die Demokratische oder Republikanische Partei verlassen kann, um die Nazis zu stoppen. Die gewerkschaftliche Mobilisierung zur Verhinderung des Naziaufmarsches am 19. April kam im Kontext einer breit angelegten Offensive gegen die Gewerkschaftsbewegung an der Westküste zustande. Die Gegenreaktion war eine weitverbreitete Empfänglichkeit für den Aufruf von ANCAN bei Gewerkschaftern des Bay Area. Seit der Niederlage des Streiks der städtischen Handwerker in San Francisco 1976 befinden sich die nordkalifornischen Unternehmer in der Offensive gegen diese einstmalige Gewerkschaftshochburg. Die Gewerkschaftsbürokraten sehen sich zwecks Selbstverteidigung dazu gezwungen, Aktionen zu unternehmen, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. Eine davon war die Schließung des Hafens von Los Angeles durch die ILWU am 1. März in Solidarität mit den streikenden Ölarbeitern.

Bürgermeisterin Feinstein, 1976 eine führende gewerkschaftsfeindliche Stadträtin, ist so verhaßt, daß selbst so ausgekochte Arbeiterverräter wie der Führer des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO des Bundesstaates Kalifornien, Jack Henning, etwas von einer Arbeiterpartei brummelt. Nicht von ungefähr spielten einige der Gewerkschaftsführer, die die Kundgebung von ANCAN unterstützten oder sogar daran teilnahmen, eine führende Rolle in den letzten Gewerkschaftskämpfen an der Westküste. Die Verbindung zwischen der militanten Unterstützung von Streikkämpfen und der Demonstration zur Verhinderung des Naziaufmarsches wurde durch einen Zwischenfall während der Kundgebung sehr lebendig demonstriert. Als sich ein Kamerateam der bestreikten Fernsehanstalt

Fortgesetzt auf Seite 11